# NOGEMEINDE FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



# FORDERUNG NACH SCHULARZT-SYSTEM

ERSTE BILANZ

DIE STEIRISCHE GEMEINDEREFORM STEUERN

**VORSTEUERABZUG** UND RECHNUNGSMERKMALE



## NACHHALTIGE IDEEN FÜR LEBENSWERTE GEMEINDEN



Die innovative Fachmesse für die kommunale Welt.

27./28. JUNI 2019 | MESSE GRAZ

In Kooperation mit dem 66. Österreichischen Gemeindetag.

## NÖGEMEINDE

März 2019

#### **AUS ERSTER HAND**

#### VON ALFRED RIEDL

#### POLITIK

04 EVALUIERUNG DES MUTTER-KIND-PASSES FORDERUNG NACH SCHULARZT-SYSTEM NEU



- "FRAUEN UNTERSCHÄTZEN IHRE KOMPETENZEN" BRIGITTE RIBISCH, VIZEPRÄSIDENTIN DES NÖ GEMEINDE-BUNDES, ÜBER FRAUEN IN DER KOMMUNALPOLITIK
- NEUE STIMMEN FÜR DIE BEZIRKE IN MÖDLING UND ZWETTL GIBT ES NEUE BEZIRKSOBMÄNNER DES NÖ GEMEINDEBUNDES.
- 10 DIE VORTEILE ZEIGEN SICH ERST LÄNGERFRISTIG HAT SICH DIE STEIRISCHE GEMEINDEREFORM GELOHNT?
- **14 "WIR WOLLEN MEHR TOURISMUS IN DER STADT"**WIENER NEUSTADTS BÜRGERMEISTER KLAUS SCHNEEBERGER ÜBER DIE ZIELE DER LANDESAUSSTELLUNG

#### **RECHT & VERWALTUNG**

24 VORSTEUERABZUG UND RECHNUNGSMERKMALE
DIE FORMELLEN VORAUSSETZUNGEN FÜR DEN
VORSTEUERABZUG



### WIR MÜSSEN DRAN BLEIBEN!

Anlässlich des internationalen Frauentages Anfang März dürfen wir in Niederösterreich eine durchaus positive Bilanz zum Frauenanteil in unseren Kommunen ziehen: 67 Bürgermeisterinnen, 100 Vizebürgermeisterinnen und 2666 Gemeinderätinnen, kurz gesagt ein Frauenanteil von 24 Prozent in unseren Kommunen ist ein durchaus erfreuliches Ergebnis. Damit liegen wir nicht nur weit über dem Österreichschnitt, sondern führen sogar das Bundesländerranking an. Natürlich gibt es noch Luft nach oben. Hier müssen wir es schaffen, Frauen noch stärker zu ermutigen, den Weg in die Kommunalpolitik zu wagen. Ebenso müssen wir die Rahmenbedingungen für Frauen im Bürgermeisteramt verbessern, um den Schritt in die Kommunalpolitik attraktiver zu machen.

Gespannt sind wir auch hinsichtlich der Neuerungen im Bereich der Pflege die im Zuge des Masterplans Pflege derzeit erarbeitet werden. Der Fokus der Bundesregierung geht klar in Richtung Pflege zuhause, das ist auch für uns der zukunftsfähigste Weg und nicht zuletzt der eindeutige Wunsch der Niederösterreicher. Bestätigt werden wir in unserer Meinung nun auch durch eine aktuelle WIFO-Studie, die im Auftrag des Hilfswerk NÖ kürzlich präsentiert wurde. Demnach können die finanziellen und personellen Auswirkungen durch den stärkeren Ausbau mobiler Dienste abgefedert werden. Daher müssen unsere Maßnahmen auch in einen gezielten Ausbau der mobilen Dienste, die Erhöhung des Pflegegeldes sowie die Stärkung der pflegenden Angehörigen gesetzt werden.

Ebenso vor einer Evaluierung steht aktuell der Mutter-Kind-Pass, zu dem wir seitens des Gemeindebundes unsere Reformvorschläge eingebracht haben. Demnach muss mit einer Evaluierung auch eine Reform des derzeitigen Schularztsystems einhergehen, um Doppelgleisigkeiten zu beseitigen. Konkret wollen wir eine Ausweitung des Mutter-Kind-Passes bis zur Volljährigkeit, den Mutter-Kind-Pass als zentrales Gesundheitsdokument für Eltern, Kind und Hausarzt (nicht zuletzt auch als Basis für die Durchführung des gesamten Impfprogramms), Untersuchungen sollen künftig beim Hausarzt statt beim Schularzt stattfinden. Der Vorteil: Nachhaltig dokumentierbare, bundeseinheitliche Gesundheitsdaten würden einen längst überfälligen Mehrwert bringen und ein hilfreiches Instrument zur Gesundheitsvorsorge von Kindern- und Jugendlichen darstellen.

BGM. MAG. ALFRED RIEDL, PRÄSIDENT

#### GESUNDHEIT

# FORDERUNG NACH SCHULARZT-SYSTEM NEU

m Zusammenhang mit aktuellen Masernerkrankungen in Österreich ist erneut eine Debatte um Schutzimpfungen entbrannt. Neuer Aspekt der Diskussion: Auch das Schularztsystem soll reformiert werden – so sehen es zumindest die Pläne des Gemeindebundes vor.

## DERZEITIGES SYSTEM BRINGT KEINEN MEHRWERT

"Derzeit werden jährlich schätzungsweise 30 bis 40 Millionen Euro pro Jahr (Gesamtkosten Bund, Länder, Gemeinden) für das Schularztwesen ausgegeben, allerdings ohne erkennbaren Mehrwert - weder für die Schüler, für die Eltern, für die Lehrer, die Gesundheitspolitik, noch für die Volksgesundheit insgesamt", regt Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl an. Dazu komme, dass das Schularztwesen in jedem Bundesland unterschiedlich ausgestaltet ist "von der Organisation, über die Ausstattung der Räumlichkeiten, bis hin zur Durchführung der Untersuchung", so Riedl. Die Kritik des Gemeindebundes: "Dem hohen finanziellen Aufwand steht weder ein Nutzen gegenüber, noch gibt es nachhaltig verwertbare oder dokumentierte Gesundheitsdaten", weiß der Gemeindebund-Chef.

#### **GESUNDHEITSDATEN FEHLEN**

Diese Tatsache will der Gemeindebund zum Anlass nehmen und das längst nicht mehr zeitgemäße Schularztsystem mitsamt den Doppelgleisigkeiten durch ein effizientes, bundesweit einheitliches System ersetzen, das nicht nur einen tatsächlichen Mehrwert bringen, sondern auch eine lückenlose Dokumentation mitsamt den erhobenen Gesundheitsdaten sicherstellen soll. All das gibt es bis dato nicht.

Interessantes Detail: "Im Jahr 2018 ist eine Bestimmung in Kraft getreten, die erstmals Schulärzte verpflichtet, Schutzimpfungen einschließlich elektronischer Dokumentation, Kontrolle des Impfstatus und Impfberatung



durchzuführen", sagt Riedl. Erreicht wurde damit nichts. Im Gegenteil: "Einerseits geht die Zahl der Schulärzte zurück. Andererseits lehnen immer mehr Schulärzte aus haftungsrechtlichen Gründen die Durchführung von Impfungen ab. Daher sind zahlreiche Bundes-



IM ZUGE DER DERZEITIGEN EVALUIERUNG DES MUTTER-KIND-PASSES REGT GEMEINDEBUND-PRÄSIDENT ALFRED RIEDL EIN BUNDESEINHEITLICHES SYSTEM AN, DAS GESUNDHEITSDATEN NACHHALTIG BIS ZUR VOLLJÄHRIGKEIT DOKUMENTIEREN SOLL.



länder davon abgegangen, Schulärzten diese Aufgabe zu übertragen", merkt Riedl an. "Gerade im Zuge der derzeitigen Evaluierung des Mutter-Kind-Passes, der in diesem Jahr sein 45-jähriges Bestehen feiert, ist es doch mehr als naheliegend, über eine Erweiterung bis zur Volljährigkeit dieses wichtigen und hervorragend geeigneten Instruments nachzudenken. Dabei muss die Evaluierung auch mit einer Reform des derzeitigen Schularztsystems einhergehen, um Doppelgleisigkeiten zu beseitigen", schlägt Riedl vor. "Wir wissen, dass der Mutter-Kind-Pass in den ersten Lebensjahren für eine hohe Impfbeteiligung sorgt. Deswegen wäre es vernünftig, den Pass zum zentralen Gesundheitsdokument für Eltern, Kind und Hausarzt zu machen - nicht zuletzt auch als Basis für die Durchführung des gesamten (kostenfreien) Impfprogramms.

## UNTERSUCHUNGEN BEIM HAUS- ODER KINDERARZT

In der Folge könnten – so die Pläne des Gemeindebundes - Untersuchungen nicht mehr in der Schule durch den Schularzt, sondern bei einem Arzt (Hausarzt, Kinderarzt) und damit in einer Ordination durchgeführt werden. Damit die Untersuchungen beim Arzt des Vertrauens (Hausarzt, Kinderarzt) auch tatsächlich gemacht werden, ist für den Gemeindebund statt einer Pflicht auch eine Koppelung an die Gewährung von Sozialleistungen denkbar. "Auch jetzt schon müssen Eltern für den vollständigen Bezug des Kindergeldes eine entsprechende Dokumentation des Mutter-Kind-Passes vorweisen. Ähnlich könnte das auch für die Ausweitung des Mutter-Kind-Passes bis zur Volljährigkeit gestaltet werden", so der Gemeindebund-Chef.

#### **ELTERN IN DIE VERANTWORTUNG NEHMEN**

Nach den Vorstellungen des Gemeindebundes sollten die Untersuchungen alle Angelegen-

heiten beinhalten, die für die Kinder- und Jugendgesundheit heute und in Zukunft erforderlich sind (Anamnese, Vorsorge, Krankheitsbilder, Mangelerscheinungen, Defizite, Risikofaktoren, chronische Erkrankungen, Fehlentwicklungen, Entwicklungsstatus, Zahngesundheit, Impfprogramm, Impfstatus, Impfberatung, Allergien, Therapieempfehlung, Infektionskrankheiten, Suchtmittelprävention etc.).

Die Verantwortung der Untersuchungen sollte im Rahmen ihrer Obsorge- und Fürsorgepflichten wieder mehr die Eltern (Erziehungsberechtigten) übernehmen. Für die anderweitigen Untersuchungen (Schulreife, Schulstufensprünge, Fächerbefreiungen) wäre ebenfalls die Durchführung des Haus- oder Kinderarzt denkbar, der Schularzt damit künftig nicht zwingend erforderlich.

### UMFANGREICHE AUSWERTUNGEN WÄREN MÖGLICH

Die Vorteile eines erweiterten bundeseinheitlichen Mutter-Kind-Passes liegen für den Gemeindebund auf der Hand: Damit wären nicht nur ein bundesweites Gesamtbild (des Zustandes) der Kinder- und Jugendgesundheit (Zahngesundheit, Seh- und Hörbehinderungen, Übergewicht, Durchimpfungsrate etc.) sondern auch anonymisierte (!) Auswertungen regional, lokal und sogar bis auf den Schulstandort hinuntergebrochen möglich. Auf diese Weise wäre es auch möglich, gezielt bundesweite und spezifisch angepasste regionale, lokale und bis auf den Schulstandort heruntergebrochene Gesundheitsprojekte und Initiativen, Gesundheitsschwerpunkte, Aufklärungs- und Informationskampagnen sowie Präventionsprogramme durchzuführen. Alfred Riedl abschließend: "Nachhaltig dokumentierbare, bundeseinheitliche Gesundheitsdaten würden einen längst überfälligen Mehrwert bringen und ein hilfreiches Instrument in der Vorsorge und Prävention von Kindern- und Jugendlichen darstellen."

NÖGEMEINDE **POLITIK** 

#### FRAUEN IN DER KOMMUNALPOLITIK

# "FRAUEN UNTERSCHÄTZEN IHRE KOMPETENZEN"

BRIGITTE RIBISCH, VIZEPRÄSIDENTIN DES NÖ GEMEINDEBUNDES, ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN FRAUENTAGES, DER MOTIVATION VON FRAUEN, IN DIE KOMMUNALPOLITIK ZU GEHEN, DIE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF UND MÖGLICHE ANREIZE FÜR EINEN HÖHEREN FRAUENANTEIL IN DER KOMMUNALPOLITIK. VON SOTIRIA PEISCHL

#### NÖGEMEINDE: Frau Vizepräsidentin, Sie sind eine von 70 Bürgermeisterinnen in NÖ - was ist Ihre Motivation als Frau in der Kommunalpolitik tätig zu sein?

BRIGITTE RIBISCH: Schon immer habe ich mich gerne mit anderen Menschen in unterschiedlichen Bereichen engagiert, um Projekte umzusetzen, Menschen zu begleiten und für und mit anderen Positives weiter zu entwickeln. Und immer war ich auch interessiert daran. Neues zu lernen, Neues zu entdecken und zu entwickeln. Ich übernahm schon immer gerne Verantwortung und konnte gut akzeptieren, dass es unterschiedliche Sicht- und Lebensweisen gibt und organisierte mit großer Freude Ideen Vieler zu einem guten Ganzen. Politisch war ich zwar sehr interessiert, ob an der Bundes-, Landes- oder Gemeindepolitik. Vermutlich wäre ich aber selber nie auf die Idee gekommen, meine Mitarbeit im Gemeinderat anzubieten.

Aber als mein Bürgermeistervorgänger mich vor rund 14 Jahren fragte, ob ich mir vorstellen könnte im Gemeinderat mitzuarbeiten und die Gemeinderatswahl zu managen, nahm ich das Angebot nach kurzer Überlegungsphase gerne an, weil ich interessiert war, meinen Beitrag zu leisten und gestaltend tätig zu sein. Seit damals freue ich mich jeden Tag, dass ich diese Chance bekommen habe, mit den Menschen in unserer Gemeinde daran zu arbeiten, dass die Gemeinde für alle Bürgerinnen und Bürger immer lebenswerter wird.

#### Was unterscheidet weibliche von männlichen Kommunalpolitikern? Und was macht das "Weibliche" in der Kommunalpolitik aus?

Ich bin überzeugt davon, dass es in allen und für alle Lebensbereiche Männer und Frauen braucht, daher auch in der Kommu-



Brigitte Ribisch: "Frauen müssen oft mehr als Männer ihre Kompetenzen beweisen, um nicht auf Äu-Rerlichkeiten reduziert zu werden.

"ES BEDARF **ERMUTIGUNG FÜR** FRAUEN, NEUES ZU WAGEN UND SICH EINZUBRINGEN."



nalpolitik. Daher denke ich, dass man nicht von typisch weiblichen Politikerinnen und typisch männlichen Politikern sprechen kann. Diese Gruppen sind eben nicht homogen. Jeder Mensch hat aber - so denke ich - sein Prägungs- und Deutungsmuster und das beeinflusst unbewusst unser Handeln und

Denn Frauen haben oft eine andere gesellschaftliche Rolle als Männer und eine Sozialisation, die andere Erfahrungen mit sich bringen und dies kann unterschiedliche Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme ergeben. Das tut eben gut, wenn es unterschiedliche Sichtweisen und Lösungsansätze gibt.

Ich denke jedoch, dass Frauen in der Politik oft anders wahrgenommen werden, als Männer und dass das Äußere von Frauen oft vorrangig bewertet wird. Daher müssen Frauen oft mehr als Männer ihre Kompetenzen beweisen, um nicht auf Äußerlichkeiten reduziert zu werden. Unsere Gesellschaft ist aber auch diesbezüglich im Wandel begriffen, und es ist schön, zu sehen, wie es für viele Menschen schon selbstverständlich ist, dass Frauen auch in der Politik tätig sind.

Der Frauenanteil in Niederösterreichs Gemeinderäten ist im Bundesländervergleich am höchsten. Dennoch gibt es Luft nach oben. Was muss geändert werden, damit sich mehr Frauen, für die Kommunalpolitik engagieren?

Das tradierte Rollenbild und der Wunsch vieler Frauen Familie und Beruf zu vereinbaren, lässt Frauen oft kein Zeitfenster für eigene, andere Interessen. Daher braucht es in Familien Partner der Frauen, die sie unterstützen und den Alltag gemeinsam bewältigen lassen. Passende Angebote im Bereich Kinderbetreuung in allen Gemeinden erleichtern das Engagement in der Kommunalpolitik. Außerdem unterschätzen viele Frauen ihre Kompetenzen und können sich kaum vorstellen, in diesem Bereich genauso erfolgreich wie Männer zu sein.

Daher bedarf es Ermutigung für Frauen, Neues zu wagen und sich einzubringen. Auch sind positive weibliche Vorbilder in Kommunalpolitik wichtig und bestärken Frauen, diesen Weg zu gehen und sich mit anderen in und für die Gemeinde und die Menschen, die hier leben, zu engagieren.

#### Sie sind Mutter eines Sohnes und einer Tochter. Was ist Ihr Rezept für gute Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Kommunalpolitik?

Meine beiden Kinder sind heute erwachsen und studieren. Als ich jedoch begonnen habe mich in der Kommunalpolitik zu engagieren, waren beide noch Schulkinder. Für mich war es immer wichtig, dass unser privates Leben gut organisiert und strukturiert ist. Alle Familienmitglieder wussten über diese Strukturen Bescheid, wir konnten und können über alles offen reden und haben täglich Zeit nur für unsere Familie. Dabei geht es nicht um Quantität, sondern um Qualität.

Jedes Familienmitglied schätzt den anderen und seine Interessen. Meine Familie erlebt eben auch, wie mich meine Aufgabe als Bürgermeisterin erfüllt und zufrieden macht und das unterstützen sie in hervorragender Weise. Sie geben mir dadurch Kraft und Freude für diese herausfordernde und wunderschöne Aufgabe, Bürgermeisterin zu sein.



#### FRAUEN IN DER NÖ KOMMUNAL-POLITIK

In NÖ gibt es
2141
Gemeinderätinnen
davon sind
525
Geschäftsführende
Gemeinderätinnen.

Es gibt 70

Bürgermeisterinnen
und 100 Vizebürgermeisterinnen.

Der Frauenanteil in der nö. Kommunalpolitik liegt bei **24 Prozent.** 

Im Bundesländervergleich hat NÖ die meisten weiblichen Bürgermeister, gefolgt von Oberösterreich (30), der Steiermark (21), Tirol (16), Burgenland (12), Kärnten (8), Vorarlberg (7) und Salzburg (5).



NÖGEMEINDE POLITIK

#### NEUWAHL

# **NEUE STIMMEN** FÜR DIE BEZIRKE

IN MÖDLING UND ZWETTL GIBT ES NEUE BEZIRKSOBMÄNNER DES NÖ GEMEINDEBUNDES. VON FRANZ OSWALD

er NÖ Gemeindebund hat seit kurzem zwei neue Bezirksobmänner: Maximilian Igelsböck für den Bezirk Zwettl und Ferdinand Köck für den Bezirk Mödling. Die jeweils einstimmig verlaufenen Wahlen bzw. die Amtsübergaben erfolgten in Anwesenheit der Spitzen des Gemeindebundes, Präsident Alfred Riedl und Vizepräsident Karl Moser, des Gemeindebund-Landesgeschäftsführers Gerald Poyssl sowie regionaler Mandatare.

## STARKE STIMME FÜR DEN LÄNDLICHEN

Maximilian Igelsböck, Bürgermeister von Groß Gerungs und pensionierter Direktor der dortigen Neuen Mittelschule, wurde am 28. Jänner 1953 geboren, zog 1990 in die Kommunalpolitik als Kulturstadtrat ein, wurde 1992 Parteiobmann, 1993 Vizebürgermeister und 1994 Bürgermeister. Igelsböck folgt als Bezirksobmann Herbert Prinz nach, der langjährig in dieser Funktion und ebenso lange als Bürgermeister von Zwettl im Amt war. Der neue Bezirksobmann betonte sein Bestreben, eine starke Stimme für den ländlichen Raum sein zu wollen. Neuer Stellvertreter ist Landtagsabgeordneter Franz Mold, Bürgermeister von Zwettl.

#### FORDERUNG NACH EINHEITLICHEN REGELN

Ferdinand Köck, Bürgermeister von Gumpoldskirchen, Beamter der Finanzverwaltung Mödling, ist Nachfolger der bisherigen Mödlinger Bezirksobfrau und früheren Bürgermeisterin von Gießhübl, Michaela Vogl. Köck, geboren am 14. März 1961, ist seit dem Jahr 2000 Gemeinderat, war dann Vizebürgermeister und wurde 2005 Bürgermeister. Köck bekennt sich zur Zusammenarbeit mit den politischen Mitbewerbern und verlangt einheitliche Regeln für die kommunalen und



Maximilian Igelsböck, Bürgermeister von Groß Gerungs, ist neuer Bezirksobmann im Bezirk Zwettl.



Ferdinand Köck, Bürgermeister von Gumpoldskirchen, ist Nachfolger der bisherigen Mödlinger Bezirksobfrau Michaela Vogl.

sozialen Dienste sowie im Bildungsbereich. Beide scheidenden Bezirksspitzen erhielten den Ehrenring des NÖ Gemeindebundes.

#### DANK AN DIE VORGÄNGER

In ihren jeweiligen Referaten, in denen sie die Verdienste der scheidenden Bezirksobleute würdigten, gingen Riedl bzw. Moser auf aktuelle Themen wie Bauordnung, Änderung der Schulsprengel, Digitalisierung und Schaffung einer Gesundheitsagentur für die Spitäler und sozialen Dienste ein und verwiesen auf das unerlässliche Zusammenwirken mit den Gemeinden. Die Gemeindebundspitzen bedankten sich bei den Bürgermeistern und Gemeinderäten für ihre Arbeit als unmittelbare Umsetzungsebene und als direkter Draht zu den Bürgern.

# TELEFONISCHE BERATUNG IN KRISEN

DAS FRAUENTELEFON UND DAS KRISENTELEFON DES HILFSWERKS BIETEN RASCHE UND UNBÜROKRATISCHE HILFE IN KRISENSITUATIONEN. 22.000 ANRUFER/INNEN NUTZTEN DIES IM LETZTEN JAHR – SO VIELE WIE NOCH NIE.

n Österreich wird jede fünfte Frau Opfer von körperlicher Gewalt in einer Beziehung. Allein in diesem Jahr starben bereits mehrere Frauen nach brutalen Angriffen in Niederösterreich, Täter waren jeweils die (Ex-) Männer.

Die Gewalt-Thematik nimmt auch bei den kostenlosen Beratungshotlines des Hilfswerks zu: 22.000 Anrufe gab es im letzten Jahr beim NÖ Frauentelefon und beim NÖ Krisentelefon – so viele wie noch nie!

"Gerade bei der Gewaltthematik ist es besonders wichtig, dass die Nummer vertraulich ist und auch auf keiner Telefonrechnung aufscheint. Die steigende Anzahl der Beratungsgespräche beweist, dass das NÖ Frauentelefon und das NÖ Krisentelefon unverzichtbar sind", unterstreicht Michaela Hinterholzer, Präsidentin des Hilfswerks Niederösterreich. Und auch Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister unterstützt die telefonischen Beratungseinrichtungen des Hilfswerks: "Für Frauen in persönlichen Krisen ist es wichtig, vertrauensvolle Anlaufstellen und rasche sowie unbürokratische Hilfe zu finden. Das NÖ Frauentelefon ist eine dieser Anlaufstellen und hat sich mit seiner anonymen, völlig unverbindlichen und kostenlosen Beratung über die Jahre zu einem gerne angenommenen und somit unerlässlichen Instrument in der Arbeit gegen Gewalt an Frauen etabliert", so Teschl-Hofmeister.

#### DAS KRISENTELEFON: RUND UM DIE UHR ERREICHBAR – SEIT GENAU 10 JAHREN

Das NÖ Krisentelefon ist Anlaufstelle in seelischen Krisen und psychischen Notsituationen – unter 0800 20 20 16 sind die 19 Experten des Hilfswerks rund um die Uhr erreichbar – und zwar kostenlos und vertraulich.

Gegründet wurde das Krisentelefon im Jahr 2000 vom NÖ Gesundheits- und Sozialfonds



Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister und Hilfswerk-Präsidentin Michaela Hinterholzer engagieren sich gegen Gewalt an Frauen.

im Zuge der Psychiatrie-Reform. 2008 hat das Hilfswerk die Beratungsstelle übernommen und auf eine 24 Stunden-Erreichbarkeit ausgebaut.

#### NÖ FRAUENTELEFON: TELEFONISCHE BERATUNG VON FRAUEN FÜR FRAUEN

Seit 2005 gibt es das frauenspezifische Angebot des Hilfswerks. Die Hotline ist anonym und zum Nulltarif unter 0800 800 810 erreichbar. Erfahrene Psychologinnen, Sozialarbeiterinnen und Psychotherapeutinnen des Hilfswerks beraten zu den verschiedensten Themen: Scheidung und Trennung, Depressionen und Lebensängste, Erziehungsprobleme, Gewalt in der Familie, Einsamkeit, Suchtverhalten, Probleme am Arbeitsplatz, Überforderung und Burn-out. Seit 2012 gibt es zusätzlich Beratungsmöglichkeiten in tschetschenischer, russischer, türkischer und serbokroatischer Sprache.



"GERADE BEI DER

GEWALTTHEMATIK

IST ES WICHTIG,

HILFSWERKS NÖ

NÖGEMEINDE POLITIK

#### GEMEINDEZUSAMMENLEGUNGEN

# DIE VORTEILE ZEIGEN SICH ERST LÄNGERFRISTIG

HAT SICH DIE STEIRISCHE GEMEINDEREFORM GELOHNT? VON FRANZ OSWALD

emeindefusionen sind in Österreich, zuletzt in der Steiermark, ein heißes, umstrittenes Thema. Die Diskussion wird vielfach mit geradezu heiligem Eifer geführt. Dem Erhalt der eigenen Gemeinde um jeden Preis steht der feste Wille der Reformer gegenüber, die sich vielerlei Vorteile – finanzielle, strukturelle, demografische – erwarten.

In Niederösterreich ist dies derzeit kein Thema, die jetzige Gemeindestruktur des Landes entstand vor rund 50 Jahren, zwischen 1966 und 1971 und brachte eine tief greifende Veränderung: Aus ursprünglich 1652 selbstständigen, in der großen Mehrzahl Klein- und Kleinstgemeinden wurden 573 Kommunen.

90 Prozent der Gemeindezusammenlegungen erfolgten – nach langen, teils heftigen Diskussionen – freiwillig. Erst in der Endphase beschloss der Landtag das sogenannte Gemeindestruktur-Verbesserungsgesetz als Abschluss der Fusionsbewegung. Derzeit sind wie erwähnt Gemeindefusionen nicht aktuell, die Möglichkeit dazu besteht freilich weiterhin – auf freiwilliger Basis. Anstatt Gemeindezusammenlegungen ist zunehmend interkommunale Zusammenarbeit angesagt, sie ist allerdings noch auf vielen Gebieten ausbaufähig. (Siehe dazu den betreffenden Beitrag in der Februar-Ausgabe der NÖ GEMEINDE.)

#### **NUR NOCH 287 STATT 542 GEMEINDEN**

Anderswo freilich war/ist die Gemeindereform Thema, so eben in der Steiermark. Wie
aber hat sich der steirische Weg der Gemeindefusionen entwickelt? Was hat die Reform
gebracht? Was hat sie gekostet?
Tatsache ist, dass die mit 1. Jänner 2015 abgeschlossene Gemeindereform die Landkarte
der "Grünen Mark" neu gezeichnet hat.
Die Fakten:

 Von 542 Gemeinden – nach dem Burgenland hatte die Steiermark die meisten

- Kleinstgemeinden blieben nur noch 287 übrig.
- Dementsprechend hat sich die Zahl der Bürgermeister verringert (von 542 auf 287), jene der Gemeinderäte von 7441 auf 5088.
- In fusionierten Gemeinden sanken die Bezügekosten aufgrund der Mandatsreduktion von 21,4 auf 20,5 Millionen Euro. Ein größerer Spareffekt blieb aufgrund der Bezügereform mit überdurchschnittlicher Anhebung (da es schon länger eine solche nicht gegeben hatte) vorläufig aus.

## PRIMÄRZIEL: GEMEINDEN STÄRKEN, NICHT SPAREN

Das vorläufige Resümee fällt durchwachsen aus: Die Erwartungen auf Einsparungen bei den Verwaltungskosten in den fusionierten Gemeinden haben sich vorläufig nicht erfüllt. Das war laut den Spitzen der steirischen Politik - Landeshauptmann a. D. Franz Voves, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Vize-LH Michael Schickhofer - sowie des Gemeindeabteilungschefs des Landes, Wolfgang Wlattnig auch nicht das primäre Ziel. "Einsparungen waren nicht das zentrale Motiv. Es ging darum, Leistungsfähigkeit, Qualität und Wirtschaftlichkeit der Gemeinden zu steigern." Was laut übereinstimmender Meinung der Fusions-Regisseure gelungen ist. Landeshauptmann Schützenhöfer weist vor allem darauf hin, dass sich die Zahl der Abgangsgemeinden von 225 auf 28 verringert

Und noch eines ist bei Bewertung der Gemeindereform wichtig, wie aktuelle Studien in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Skandinavien und Israel zeigen, dass die steirische Gemeindefusion nach so kurzer Zeit noch keine nennenswerten Auswirkungen zeigt, sei voraussehbar gewesen. Spareffekte werden vor allem durch Pensionierungen sowie Immobilienverwertung leer stehender Gemeindegebäude erwartet.



PROF. DR. FRANZ OSWALD
WAR CHEFREDAKTEUR
DER NÖ LANDESREGIERUNG UND IST JETZT
FREIER JOURNALIST



Dies sagte auch der Autor der Fusionsstudie von 2011, Franz Prettenthaler vom Joanneum Research: "Ziel war, die Gemeinden zu stärken, nicht zu sparen!" Das errechnete jährliche Einsparungspotenzial von 40 Millionen Euro soll daher nicht gespart, sondern in Leistungen und die Qualität der Gemeinden investiert werden."

#### **REBELLEN UND BEFÜRWORTER**

Begonnen hat alles mit dem "Bürgermeisterbrief" vom 30. Jänner 2011, in dem die sich in dieser Frage einige Landesspitze ankündigte, nicht nur die Bezirke, Landtag, Landesregierung und Landesverwaltung, sondern auch die Gemeindestruktur zu verändern. Es gab zahlreiche Gegner wie Befürworter der Reform, die Skeptiker und Rebellen betonten immer wieder, dass größere Einheiten nicht automatisch günstiger und besser seien. Einer der aktivsten Gegner, Bürgermeister Otmar Hiebaum aus Markt Hartmannsdorf, räumte freilich ein, dass ganz kleine Kommunen die Anforderungen von heute nicht mehr erfüllen könnten.

Landesspitze und andere Befürworter argumentierten vor allem mit den genannten langfristigen Effekten, zudem gab es Zuckerl, Bonifikationen: Der Bund gab 200.000 Euro pro weggefallener Gemeinde, das Land förderte aus einem Reformfonds von 31,4 Millionen.

SP-LH-Stellvertreter Schickhofer meinte sogar, Bürger sagten ihm, man hätte noch größere Einheiten schaffen sollen. Vermisst werden in Fusionsgemeinden dagegen oftmals begleitende Assistenz und eingehendere Informationen über künftige Erwartungen und Perspektiven.

Bernd Hecke, Leitartikler der Kleinen Zeitung,

die kürzlich mit einer eingehenden Bilanz aufwartete, verweist ebenfalls darauf, dass es für eine finale Abrechnung noch zu früh sei. Die Zwischenbilanz lasse aber befürchten, dass "die Reformpartner das Kind zu früh von der Hand gelassen haben".

## STEIERMARK HAT ÜBERPROPORTIONALEN VORTEIL

Eine vorsichtig positive Bilanz zieht Steiermarks Gemeindebundchef Erwin Dirnberger. Die Reform sei in Summe vernünftig. "Es fließt mehr Geld aus dem Steuertopf, es gibt weniger Wettbewerb untereinander und weniger Probleme mit Abgangsgemeinden." Auch bei den Finanzausgleichsverhandlungen sei die Reform wegen der nun größer gewordenen Gemeinden und des nach wie vor bestehenden abgestuften Bevölkerungsschlüssels kein Nachteil, die Steiermark habe zuletzt überproportional profitiert.

Die Grüne Mark hat nun mit 3335 Einwohnern im Gemeindeschnitt den vierten Platz unter den Bundesländern. Früher war man Vorletzter.

Das öffentliche Defizit auf Gemeindeebene hat sich gut entwickelt: 2017 war die Steiermark österreichweit Vorbild, wies gar einen Überschuss aus. Beobachter aus Journalistenkreisen vertreten die Auffassung, dass die Gemeindezusammenlegungen heute fast kein Thema mehr seien, zumal die Menschen persönlich kaum einen Unterschied zu früher merken.

Das letzte Wort hatte übrigens der Verfassungsgerichtshof, der die bemerkenswerte Feststellung traf: "Gemeinden haben kein Recht auf ungestörte Existenz." Alle Anträge zur Aufhebung der Zusammenlegungen wurden abgewiesen.

Die neue Gemeinde Mariazell entstand aus fünf vorher bestehenden Gemeinden und ist jetzt die flächenmäßig größte Gemeinde der Steiermark.



#### FUSION GELUNGEN – WAHLEN VERLOREN

**Politisch honoriert** wurden die Strukturreformen im Land. den Bezirken und Gemeinden den Reformpartnern nicht unbedingt. Bei den Landtagswahlen gab es für die Reformer starke Stimmenverluste von jeweils acht Prozent, während die FPÖ über 16 Prozent zulegte. Das Ergebnis führte sogar zum Rücktritt von Landeshauptmann Voves, einem der Reformzwillinge, freilich eine persönliche Entscheidung. Die Verluste bei den Gemeinderatswahlen fielen lokal teils stark aus, insgesamt aber schwächer als intern befürchtet.

LANDTAG

# AKTUELLE STUNDE ZU ERNEUERBARER ENERGIE

ÖKOENERGIE SICHERT 40.000 "GREEN JOBS" UND BEWAHRT UNABHÄNGIGKEIT VON ATOMKRAFT.

uf Antrag der Volkspartei Niederösterreich wurde im Rahmen einer aktuellen Stunde in der Februar-Sitzung des NÖ Landtages von den Abgeordneten zum Thema "NÖ Energiewende sichern: Für erneuerbare Energie und Arbeitsplätze - gegen Atomkraft!" debattiert.

"Seit 2015 werden in Niederösterreich 100 Prozent des Strombedarfs durch erneuerbare Energie gedeckt und damit 40.000, Green Jobs' im Land gesichert. Diesen Erfolgsweg wollen wir weiterführen. Das heißt sichere und saubere Stromgewinnung aus Wind-, Wasser- und Sonnenkraft sowie Biomasse als Alternative zu klimaschädlichen Kohlekraftwerken und gefährlicher Atomkraft. Daher müssen wir unsere Anstrengungen weiterhin auf nachhaltige Energieträger fokussieren, denn klar ist: Wer Ökostrom abdreht, dreht Atomstrom auf und gefährdet Arbeitsplätze in unserem Land. Das dürfen wir gerade vor dem Hintergrund der von der SPÖ im Bundesrat verhinderten Ökostrom-Novelle nicht vergessen", betonte Klubobmann Klaus Schneeberger.

#### STRAFRECHTSVERSCHÄRFUNGEN RASCH **UMSETZEN**

Ein weiterer Antrag im Landtag behandelte die rasche Umsetzung der auf Bundesebene angekündigten Strafrechtsverschärfungen. "Im Rahmen der 'Task Force Strafrecht' wurde unter der Leitung von Staatssekretärin Karoline Edtstadler eine Vielzahl an Maßnahmen erarbeitet, um insbesondere Frauen und Kinder besser vor Gewalt schützen zu können. Dabei geht es vor allem um Verschärfungen des Strafrechts und Präventions- bzw. Opferschutzmaßnahmen. Vorgesehen ist auch ein lebenslanges Verbot von Tätigkeiten mit Kindern oder wehrlosen Personen für jene Straftäter, die gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung dieser verstoßen haben. Um einen besseren Schutz der Bevöl-



Die Abgeordneten diskutierten im Rahmen einer aktuellen Stunde über die positive Entwicklung der erneuerbaren Energie im Land.

"SEIT 2015 WERDEN IN NIEDERÖSTERREICH **100 PROZENT DES STROMBEDARFS DURCH ERNEUERBARE ENERGIE GEDECKT UND DAMIT 40.000** ,GREEN JOBS' IM LAND GESICHERT."

ÖVP-KLUBOBMANN KLAUS SCHNEEBERGER

kerung gewährleisten zu können, müssen die Vorschläge der Task Force jetzt so schnell wie möglich umgesetzt werden", so Schneeberger zum beschlossenen VPNÖ-Antrag.

#### SICHERSTELLUNG DES SERVICE FÜR **BAHNKUNDEN**

Die laufend von den ÖBB durchgeführten Bewertungen der Standorte mit personenbedienten Kassen waren Hintergrund eines weiteren VPNÖ-Antrages.

"Klar ist, dass im Sinne der Fahrgäste sicherzustellen ist, dass diese direkt am Bahnhof bzw. der Haltestelle die Möglichkeit haben, rasch und unkompliziert ein Ticket zu erwerben. Dazu braucht es auch ein regional ausgewogenes Netz an Bahnhaltestellen mit besetzten Personenkassen, das durch regionale Partner ergänzt werden kann", unterstrich der Klubobmann.

## GEPFLEGTE GRÜNRÄUME ALS VISITENKARTE DER GEMEINDE

DER FRÜHLING NAHT UND ES IST ZEIT, GÄRTEN UND ERHOLUNGSFLÄCHEN NEU ZU PLANEN UND ZU GESTALTEN.

b es um kleine, einzelne Grünflächen oder um große Außenbereiche von Wohnhausanlagen, Kindergärten oder Schulen geht: Die Experten des Maschinenrings setzen Ihre Vorstellungen kreativ um. Saisonale Bepflanzungen, die Errichtung von (Trocken-)Steinmauern, Wegebau oder ökologisches Unkrautmanagement: Wir verwandeln Ihre Wünsche in die Realität.

#### KOSTEN SPAREN UND ARBEITEN AUSLAGERN

Neben der Gestaltung von öffentlichen Grünflächen übernimmt der Maschinenring natürlich auch die laufende Pflege derselben. Dabei bestimmen Sie selbst ganz flexibel, wann, wie oft und wie intensiv Sie unsere Dienste wie Rasenmähen,

Heckenschnitt oder Neubepflanzungen in Anspruch nehmen wollen. Ihr Vorteil: Sie müssen kein Personal zum Unkrautjäten abziehen und sparen sich den Ärger mit eventuell defekten Rasenmähern oder einem anderen Arbeitsgerät.

#### NATUR IM GARTEN: 100 PROZENT ÖKOLOGISCHE BESEITIGUNG VON UNKRAUT

Der Maschinenring ist Natur im Garten-Partnerbetrieb – so arbeiten wir auf Wunsch selbstverständlich ohne jegliche synthetische Düngemittel, ohne Torf und Pestizide. Aber nicht nur in der Gartengestaltung und -pflege, sondern auch bei der Unkrautbekämpfung vertrauen wir auf eine naturnahe, ökologische Variante: Mit der Heißschaum-Methode

– 100 Prozent herbizidfrei – sind Sie auf der sicheren Seite, wenn es um die Pflege von Spielplätzen, Pflaster-, Kies- und Schotterwegen, Friedhöfen und Straßenrändern geht. Unser Gartenbau-Team sowie die Gärtnermeister sind bestens geschult und beraten Sie kompetent.

Die "Profis vom Land" sorgen dafür, dass die öffentlichen Grünflächen Ihrer Gemeinde nach dem Winter wieder richtig in Schuss kommen und erledigen alle großen Arbeiten für die noch junge Gartensaison!

Maschinenring-Service NÖ-Wien

www.maschinenring.at

service.noe@maschinenring.at

059060-300





NÖGEMEINDE POLITIK

#### GEMEINDEENTWICKLUNG

# "WIR WOLLEN MEHR TOURISMUS IN DER STADT"

DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE LANDESAUSSTELLUNG 2019 "WELT IN BEWEGUNG!" FINDET VON 30. MÄRZ BIS 10. NOVEMBER IN WIENER NEUSTADT STATT. BÜRGERMEISTER KLAUS SCHNEEBERGER BERICHTET. WAS DIE AUSSTELLUNG BEWIRKEN SOLL.

## NÖGEMEINDE: Wiener Neustadt richtet heuer die Landesausstellung aus. Was erwartet sich die Stadt davon?

KLAUS SCHNEEBERGER: Wiener Neustadt besitzt viele verborgene historische Kleinode. Diese zu präsentieren war eine der Intentionen für die Landesausstellung – und zwar nicht nur während der Zeit der Ausstellung, sondern auch darüber hinaus.

#### Bereits im Vorfeld hat die Landesausstellung eine Reihe von Investitionen ausgelöst. Wie wirken sich diese für die Stadt aus?

Die Landesausstellung machte es möglich, die historischen Kasematten zu revitalisieren. Wesentlich war auch, dass sich das Stift Neukloster und die Militärakademie, mit Unterstützung durch das Land Niederösterreich, als Partner an der Landesausstellung beteiligen. Ein Effekt der Ausstellung ist, dass die Militärakademie auch zukünftig für den Tourismus geöffnet sein wird.

#### Wiener Neustadt galt immer als Industriestadt. Warum will man sich jetzt als Tourismusziel positionieren?

Industrie wird auch weiterhin ein Schwerpunkt sein, aber um Leben in die Stadt zu bringen, brauchen wir auch Fremdenverkehr. Denn wie auch andere Städte leiden wir darunter, dass es in der Innenstadt zu wenig Frequenz gibt. Mit den erwähnten historischen Kleinoden und einer verbesserten Hotel-Infrastruktur haben wir die Voraussetzungen dafür, Wiener Neustadt für den Fremdenverkehr attraktiv zu machen. Wichtig ist uns dabei, dass nicht nur die Stadt, sondern die gesamte Region profitiert. Also die Bucklige Welt, das Schneebergland oder die Hohe Wand.

"UM LEBEN IN DIE STADT ZU BRINGEN, BRAUCHEN WIR FREMDEN-VERKEHR."



#### Sie haben im Februar zu einem Sicherheitsgipfel geladen. Der unmittelbare Anlass dafür war die Ermordung eines Mädchens. Was ist bei dem Gipfel herausgekommen?

Wiener Neustadt hat ein importiertes Sicherheitsproblem. Nur 20 Prozent der in den von der Gemeinde definierten Schutzzonen aufgegriffenen Personen stammen aus der Stadt. Zu dem Sicherheitsgipfel habe ich alle wesentlichen Institutionen wie Polizei, Richterschaft, Staatsanwaltschaft und Jugendämter eingeladen. Gemeinsam wurde ein Neun-Punkte-Programm erarbeitet, das unter anderem einen besseren Informationsaustausch zwischen den öffentlichen Einrichtungen bringen soll. Wenn etwa die Polizei Jugendliche aufgreift, dann sollte die Jugendfürsorge darüber informiert werden, damit sie präventiv tätig werden kann. Auch bei Wegweisungen von gewalttätigen (Ehe)Männern brauchen wir einen besseren Informationsaustausch.

## Sie haben Schutzzonen erwähnt. Was ist damit gemeint?

Das sind definierte Bereiche, in denen die Polizei Wegweisungen durchführen kann. Wenn etwa Drogenhandel festgestellt wird, dann kann der jeweiligen Person 30 Tage lang das Betreten des Areals verboten werden. Natürlich kommt es dadurch zu einer Verlagerung der jeweiligen Szene, daher muss man die Schutzzonen ständig adaptieren.

#### Wiener Neustadt wird ja von einer sehr bunten Koalition aus ÖVP, FPÖ, Grünen und zwei Listen regiert. Wie schwer ist es, die Interessen der verschiedenen Parteien unter einen Hut zu bekommen?

Die Zusammenarbeit war als "Hilfsgemeinschaft" konzipiert, weil die SPÖ abgewählt worden ist, aber immer noch die relative







Bürgermeister Klaus Schneeberger im Gespräch mit Kommunalverlags-Chef Michael Zimper im Wiener Neustädter Rathaus.

Mehrheit hält. Den anderen Parteien war aber klar, dass die SPÖ nicht die Kraft haben würde, die Verschuldung der Stadt unter Kontrolle zu bekommen. Daher wurde ein Wechsel gewünscht. Es gibt aber keinen Koalitionspakt, sondern die anderen Parteien haben jeweils ein Abkommen mit mir geschlossen. Diese Form der Zusammenarbeit ist österreichweit einzigartig. Viele haben uns vorausgesagt, dass die Stadtregierung nicht länger als ein halbes Jahr halten wird. Mittlerweile sind wir schon über vier Jahre im Amt und haben es geschafft, die Stadt zu sanieren. Wir haben jetzt rund 20 Millionen Euro weniger Schulden, und seit 2016 haben wir ein ausgeglichenes Budget.

### Welche Rolle spielt die Landesausstellung dabei?

Durch den Zuschlag für die Landesausstellung ist viel Geld in die Region geflossen, wobei mir aber wichtig ist, dass dieses Geld nicht ins Budget geflossen ist, sondern ausschließlich in neue Projekte.

## Sie sind gleichzeitig Klubobmann der ÖVP-Landtagsfraktion. Wie sehr hilft das?

Natürlich ist Vieles leichter, aber wir bekommen das Geld nicht für mein schönes Gesicht – da bekämen wir wohl gar nichts –, sondern weil wir zukunftsfähige Projekte vorgelegt habe. Ich möchte auch mit der Märe aufräumen, dass unter der vorherigen Stadtregierung kein Geld nach Wien Neustadt geflossen ist. So wurden etwa die Arena Nova oder das Krebsforschungszentrum MedAustron mit Landesgeldern errichtet. Nur wurden von der früheren Regierung selbst fast keine Projekte dem Land vorgelegt.

## Welche Investitionen sind für die Zukunft geplant? Geht es jetzt immer um den Tourismus?

Wiener Neustadt ist die einzige "urbane" Stadt Niederösterreichs. St. Pölten ist zwar größer, hat aber viele Katastralgemeinden. Wir haben keine einzige, die 49.000 Einwohner wohnen in der Stadt. Der hohe Anteil an Migranten ist eine enorme Herausforderung, weil Parallelgesellschaften entstanden sind und es Schulen gibt, wo über 90 Prozent der Kinder nicht Deutsch als Muttersprache haben. Wir haben auch einen enormen Zuzug und sind eine Schul- und Universitätsstadt. All das bedingt, dass man nicht eindimensional investieren kann. Unsere große "Baustelle" ist die Innenstadt, wo viele Geschäfte leer stehen. Um die Innenstadt wieder zu beleben, brauchen wir eben den Tourismus.

Laut Pressemeldungen droht die Gefahr, dass Wr. Neustadt im Jahr 2050 die erste Stadt Österreichs ist, die komplett verbaut ist. Sie haben daher angekündigt, dass es außerhalb des Stadtkerns keine Neuwidmungen geben wird. Der Flächenverbrauch ist generell in Österreichs Gemeinden ein großes Problem. Was raten Sie den Bürgermeistern?

Es kann nicht immer Wachstum geben. Man muss sich sehr genau überlegen, wie eine Stadt wachsen kann und jede neue Bebauung hinterfragen.

Das ist die Herausforderung, vor der Bürgermeistern in Zuzugsgemeinden stehen. Viele Gemeinden haben aber das gegenteilige Problem von Wiener Neustadt, weil sie unter Abwanderung leiden.



<u>ZUR PERSON</u>

Mag. Klaus Schneeberger (68) wurde in Lienz geboren, lebt aber seit seiner Kindheit in Wr. Neustadt. 1975 wurde er erstmals in den Gemeinderat gewählt. Von 1986 bis 2000 war er Vizebürgermeister. Seit Februar 2015 ist er Bürgermeister. Die "Bunte Stadtregierung" wurde aus ÖVP, FPÖ, den Grünen, der Liste Soziales Wiener Neustadt und der Liste Haberler gebildet. 1993 wurde Schneeberger in den NÖ Landtag gewählt, seit 2000 bekleidet er das Amt des Klubobmanns der ÖVP-Landtagsfraktion.

GESUNDHEIT

# GESUNDHEIT UND PFLEGE **UNTER EINEM DACH**

LANDESHAUPTFRAU IOHANNA MIKL-LEITNER PRÄSENTIERTE DIE NEUE LANDESGESUNDHEITSAGENTUR. DIE NUN DIE BEREICHE GESUNDHEIT UND PFLEGE ZUSAMMENFASSEN SOLL.

Personen arbeiten derzeit in den 27 niederösterreichischen Landeskliniken und kommen pro Jahr auf über drei Millionen Patientenkontakte. In den 48 Pflege- und Betreuungszentren sind über 5.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Jetzt hat nach dem Motto "Versorgen und pflegen aus einer Hand, für die beste Betreuung im ganzen Land" eine Neuorganisation des Gesundheits- und Pflegewesens gestartet. Bisher gab es zwischen den beiden Bereichen nur wenige Querverbindungen - das soll nun geändert werden.

#### **KLARE STRUKTUREN UND VERANTWORTLICHKEITEN**

Aktuell leben in Niederösterreich 89.000 Personen, die über 80 Jahre alt sind – bis zum Jahr 2025 sind es 118.000 Personen in dieser Altersgruppe. Aufgrund der immer älter werdenden Gesellschaft werden in Zukunft noch mehr Pflege- und Betreuungsplätze benötigt. Um diese Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich bewältigen zu können, braucht es daher klare Strukturen und Verantwortlichkeiten in diesen Bereichen. Daher sollen beide Bereiche zukünftig unter dem Dach einer Landesgesundheitsagentur, einer Anstalt öffentlichen Rechts, gestellt werden. Durch eine bessere Koordinierung und effizientere Abläufe ist ein verantwortungsvolles Planen, Steuern und Handeln für die Zukunft möglich.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Kliniken und Pflegeheimen wird gestärkt und eine durchgehende Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheits- und Pflegeleistungen sichergestellt. In diesem Zusammenhang sollen auch Doppelgleisigkeiten vermieden und mehr Flexibilität und Effizienz geschaffen werden, wie etwa beim Einkauf und bei Preisverhandlungen.



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bei der Start-Veranstaltung der Neuorganisation des Gesundheits- und Pflegebereiches.

"IN NIEDER-ÖSTERREICH **VERSTEHEN WIR GESUNDHEIT UND** PFLEGE ALS EINE **GROSSE HERAUS-**FORDERUNG. DESHALB IST ES UNSER ZIEL, SIE UNTER EIN **GEMEINSAMES DACH** 

**ZU STELLEN."** 

**LANDESHAUPTFRAU** JOHANNA MIKL-LEITNER

#### **DETAILPROJEKTE BEREITS GESTARTET -UMSETZUNG ERFOLGT AB 2020**

Die Neuorganisation wird intensiv von Experten begleitet und soll ab 2020 umgesetzt werden. Dabei werden alle betroffenen Organisationen eingebunden.

Die Detailprojekte haben bereits gestartet. Von März bis Mai werden Dialogveranstaltungen in allen Regionen mit Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pflege- und Betreuungszentren stattfinden, sodass die ersten Ergebnisse bis zum Sommer vorliegen.

Um die Zielsetzungen dieser Neuorganisation zu erreichen, braucht es vor allem die Unterstützung und das Know-how der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



WINZENDORF

# CARMEN - DAS MUSICAL

MIT ARTISTIK, AKROBATIK, FEUER, FLAMENCO UND MAGIE VERWANDELT SICH DER STEINBRUCH WINZENDORF IN EINE PULSIERENDE MANEGE UND PRÄSENTIERT DIE DEUTSCHSPRACHIGE ERSTAUFFÜHRUNG VON "CARMEN - DAS MUSICAL".

armen – Das Musical" mit der Musik von Frank Wildhorn basiert auf der von Prosper Mérimée erschaffenen Figur und zeigt eine nach Unabhängigkeit und Freiheit strebende Frau, die mit ihren Reizen nicht nur das Publikum, sondern auch den angesehenen Polizisten José in ihren Bann zieht. Doch auch andere werden von Carmens Sinnlichkeit gereizt - und sind zu allem bereit, um die starke Frau in ihre Gewalt zu bekommen.

Ein Netz aus Intrigen, Gewalt und Lust spinnt sich und bald ist nicht mehr klar: Ist Carmen die Spinne im Netz oder ist auch sie gefangen und strampelt um ihre Freiheit? Doch noch während José um seine Selbstbeherrschung und Carmen um ihre Freiheit kämpft, sind die Würfel bereits gefallen.

#### HAUPTROLLE FÜR EINEN "DANCING STAR"

Die Rolle der heißblütigen Carmen spielt Ana Milva Gomes. Die gebürtige Holländerin hat auf den Musicalbühnen Europas und besonders in Wien bereits große Erfolge gefeiert. Mit ihren tänzerischen, gesanglichen und schauspielerischen Qualitäten und ihrer besonderen Ausstrahlung war die Musicaldarstellerin in großen österreichischen Produktionen zu sehen (derzeit in Bodyguard im Ronacher). Ihr Publikum begeisterte sie

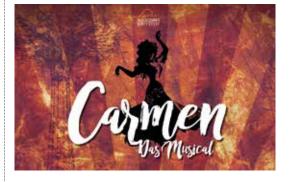


#### PREMIERE AM 27. JUNI 2019

Gespielt wird von 27. Juni bis 21. Juli 2019, jeweils Donnerstag, 18 Uhr, Freitag & Samstag, 20 Uhr, sowie Sonntag, 16 Uhr.

auch 2017 bei dem TV-Format Dancing Stars, wo sie sich auf den 2. Platz tanzte.

"Anas Temperament, ihre Leidenschaftlichkeit für eine Rolle und natürlich ihre großartige Stimme - mehr können wir uns für Carmen gar nicht wünschen", so die begeisterte Intendantin Marika Lichter. "Und natürlich freut es mich, einen weiteren Dancing Star im Team zu haben", schmunzelt sie. "Ana ist wirklich eine Bereicherung für jede Produktion", stimmen die Produzenten Jérôme Berg und Benedikt Karasek zu.



- Steinbruch Winzendorf, Steinbruch 1, 2722 Winzendorf
- 0660/857 2052
- office@musicalsommer-winzendorf.at
  - www.musicalsommer-winzendorf.at



NÖGEMEINDE RECHT & VERWALTUNG

#### REFORMPROJEKT

# GEMEINSAM DIE VERWALTUNG DIGITALISIEREN

DIE DIGITALISIERUNG STELLT DIE VERWALTUNG VOR ENORME HERAUSFORDERUNGEN. UM DIESEN ZU BEGEGNEN, WURDE DAS REFORMPROJEKT "DIGITALES AMT" INS LEBEN GERUFEN. BEI EINEM BUND-LÄNDER-GEMEINDEN-DIALOG WURDE DAS PROJEKT VORGESTELLT.

m Zuge der Digitalisierung steht die Verwaltung vor enormen Herausforderungen und sieht sich mit den Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der öffentlichen Bediensteten hinsichtlich Services und Abläufe gefordert.

Durch neue Entwicklungen und Ansatzpunkte werden viele Prozesse und Grundlagen infrage gestellt und müssen für die Digitalisierung angepasst werden. Digitalisierung ist dabei keine rein technische Herausforderung. Es handelt sich um einen fundamentalen Kulturwandel in Wirtschaft, Gesellschaft und in der Verwaltung, der auch organisatorische Fragen nach sich zieht.

## VERWALTUNGSTRÄGERÜBERGREIFENDER ANSATZ

Im Projekt "Digitales Amt" soll von Anfang an ein verwaltungsträgerübergreifender Ansatz gewählt werden. Im Beisein von Bundeskanzler Sebastian Kurz, Digitalisierungsministerin Margarete Schramböck, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Gemeindebundpräsident Alfred Riedl wurde daher im Palais Niederösterreich in Wien der erste Bund-Länder-Gemeinden-Dialog zum Thema Digitalisierung gestartet.

Ziel ist es, einen Rahmen für die Entwicklung, Testung und Anwendung von verwaltungsträgerübergreifenden, elektronischen Verwaltungsprozessen zu schaffen. Weiters sollen die rechtlichen Voraussetzungen für eine umfassende Zusammenarbeit und sicheren Informationsaustausch innerhalb der Verwaltung geschaffen werden.

## DIGITALISIERUNGSMINISTERIUM IST FEDERFÜHREND

Das Projekt "Digitales Amt" vereint unter Leitung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW)



Gemeindebundpräsident Alfred Riedl, Bundesministerin Margarete Schramböck, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bundeskanzler Sebastian Kurz.

"ES IST GUT, DASS BUND, LÄNDER UND GEMEINDEN IN DIESER INTENSIVEN AUSBAUPHASE

ENGER ZUSAMMEN-ARBEITEN."



technische, organisatorische und rechtliche Sichtweisen sowie Prozesse. Das BMDW setzt hierbei eine Projektstruktur auf, die unter seiner Leitung die Einbindung aller relevanten Akteure auf Bundes-, Länder- und Gemeinde-Ebene sicherstellt.

"Wir wollen Österreich zu der führenden Digitalnation machen. Führende E-Government-Nationen wie Estland zeigen, was möglich ist. Die Digitalisierung gibt uns die Möglichkeit, den Service, den wir unseren Bürgerinnen und Bürgern bieten wollen, zu verbessern und gleichzeitig Kosten in der Verwaltung zu reduzieren", sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Gemeindebundpräsident Alfred Riedl forderte als Voraussetzung für die Digitalisierung die Schaffung der dafür nötigen Infrastruktur: "E-Government funktioniert nur, wenn alle dabei sind. Ich bin optimistisch, dass wir das gemeinsam schaffen. Es ist gut, dass Bund, Länder und Gemeinden in dieser intensiven Ausbauphase enger zusammenarbeiten. Wir werden gemeinsam diese öffentliche rechtliche Daseinsvorsorge angehen."

#### KOMMUNALVERWALTUNG

# 2019 BRINGT WEITREICHENDE VERÄNDERUNGEN

IN UNTERSCHIEDLICHEN VERWALTUNGSBEREICHEN WERDEN GEÄNDERTE GESETZLICHE RAHMEN-BEDINGUNGEN IN DIESEM JAHR WIRKSAM. DIE GEMDAT-FACHMESSE VOM 2. BIS 4. APRIL IST EINE GUTE MÖGLICHKEIT, UM SICH EINEN ÜBERBLICK ÜBER DIE AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN ZU VERSCHAFFEN.

#### WAHLRECHT

Die EU-Wahl am 26. Mai wird die erste Wahl sein, bei der die Wahlberechtigten aus dem Zentralen Wählerregister bezogen werden. Mit LMR stellt die gemdat sicher, dass die Erstellung der Wählerverzeichnisse rechtskonform erfolgen wird. Darüber hinaus kann mit dem LMR-Wahlservice die Information der Bürger, die Online-Beantragung von Wahlkarten und generell die Wahlkartenausstellung erheblich vereinfacht werden.

Perfektes Bürgerservice bietet dabei die Online-Wahlkartenbeantragung, die nun auch mit der neuen Anwendung des Bundes (oesterreich.gv.at) gekoppelt ist.
Rechtzeitig vor der EU-Wahl wird als Teil von k5 Wahlmanagement das Modul "Abstimmungsverzeichnis" zur Verfügung stehen.
Damit kann das Abstimmungsverzeichnis elektronisch geführt und so die Arbeit im Wahllokal wesentlich effizienter gestaltet werden.

"WIR LASSEN UNSERE KUNDEN IN DIESER FORDERNDEN ZEIT NICHT IM REGEN STEHEN."





#### **HAUSHALTSRECHT**

Viele Gemeinden sind derzeit damit beschäftigt, mit k5 EB die Erfassung und Bewertung des Gemeindevermögens zu finalisieren. Damit steht dem ersten Voranschlag nach den Regeln der VRV2015 nichts mehr im Wege. k5 Finanzmanagement ist auf das 3-Komponenten-Rechnungswesen vorbereitet und wird dafür sorgen, dass die tägliche Arbeit in der Buchhaltung auch weiterhin benutzerfreundlich und verlässlich erledigt werden kann.

Bei all diesen Neuerungen ist es wichtig, einen IT-Partner zu haben, der die erforderlichen **Schulungen** anbietet und rasch und kompetent **Support** bietet. Die gemdat nimmt diese Aufgabe sehr erst und steht auch im laufenden Kontakt mit den zuständigen Behörden, um durch aktuelle Informationen eine rechtskonforme Umsetzung sicherzustellen.



NÖGEMEINDE POLITIK

AK-WAHL

# "FÜR EINEN VERNÜNFTIGEN WEG DER MITTE"

SEIT 2017 IST JOSEF HAGER VIZEPRÄSIDENT DER AK NIEDERÖSTERREICH. JETZT KANDIDIERT ER BEI DER ARBEITERKAMMERWAHL ALS SPITZENKANDIDAT DER NÖAAB-FCG-FRAKTION.

# NÖGEMEINDE: Die Gremien von NÖAAB und FCG haben Sie zum Spitzenkandidaten für die anstehende Arbeiterkammerwahl gekürt. Wie schwer ist Ihnen die Entscheidung für die Kandidatur gefallen?

JOSEF HAGER: Ich habe aus tiefer Überzeugung zugesagt. Als ein Mensch, der sich schon immer ehrenamtlich im Gemeindeund Vereinsleben engagiert hat, werde ich mit vollem Elan, aber auch mit Demut und mit Respekt an diese verantwortungsvolle Aufgabe herangehen. Ich freue mich über das Vertrauen, das der NÖAAB und die FCG in mich setzen. Eine solche Chance ist nicht selbstverständlich.

#### Warum sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die gemeinsame Liste in der AK wählen?

Weil es uns um das Wohl der Menschen geht. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, auch weiterhin alles für eine familienfreundliche, menschliche und moderne Arbeitswelt zu tun, und das mit einem respektvollen Umgang untereinander und ohne Streit. Unser Team der Volkspartei Niederösterreich NÖAAB-FCG steht für ein Miteinander und garantiert hier einen vernünftigen Weg der politischen Mitte, ohne Extremismus und Klassenkampf.

## Welche Antworten haben Sie auf die Veränderungen in der Arbeitswelt, konkret auf die Digitalisierung?

Wir haben einen positiven Zugang und möchten Perspektiven aufzeigen, der Zukunft optimistisch entgegengehen. Es braucht die richtigen Antworten in der Bildung und im Arbeitsrecht, Rahmenbedingungen und Schutzmechanismen, damit die "Arbeitswelt 4.0" auch in einem menschlichen Rahmen passiert. Zukunft gestalten heißt verändern und nicht Ängste schüren.

"DAS WICHTIGSTE, UM INTERESSEN VERTRETEN ZU KÖNNEN, IST DAS ZUHÖREN!"





#### Wie stehen Sie zur Arbeitszeitflexibilisierung?

Es zeigt sich schon jetzt, dass die lauten Demonstrationen und wilden Debatten reine Panikmache darstellen. In der heutigen Arbeitswelt ermöglichen flexible Arbeitszeiten bei gleichem Arbeitnehmerschutz mehr Freiheit und Freizeit für eine bessere Work-Life-Balance. Wir machen uns stark für mobile Arbeitsplätze, egal ob im Homeoffice oder im Coworking-Space in der Wohnumgebung. Technologie und Ort müssen im Einklang stehen.

#### Mit dem Familienbonus Plus hat die Bundesregierung eine langjährige NÖAAB-Forderung umgesetzt. Was liegt Ihnen mit Blick auf Frauen und Familie noch besonders am Herzen?

Ich bin selbst im Verhandlungsteam für den Kollektivvertrag von rund 450.000 Handelsangestellten und Lehrlingen im österreichischen Handel. Ich fordere eine einheitliche Anrechnung der Karenzzeiten von 24 Monaten auf Gehaltserhöhungen in allen Kollektivverträgen. Das hilft vor allem Frauen und wirkt gegen die vorhandene "Einkommensschere". Es darf ganz einfach kein Nachteil sein, wenn man sich für die Kindererziehung und die Zeit daheim entscheidet.

## Welche Ziele haben Sie persönlich für die kommende AK-Wahl?

Wer mich kennt, weiß, dass ich konsequent meinen Weg weitergehe und ich mich im Wahlkampf nicht ändern muss. Ich werde weiterhin als Zentralbetriebsratsvorsitzender bei dm Drogeriemarkt für meine rund 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da sein, in den Betrieben in ganz Niederösterreich unterwegs sein und viele persönliche Gespräche führen. Denn das Wichtigste, um Interessen vertreten zu können, ist das Zuhören!

#### EVN LICHTSERVICE

# KOMPLETTPAKET FÜR DIE **BELEUCHTUNG**

MIT DEM EVN LICHTSERVICE LAGERN SIE BETRIEB, WARTUNG UND INSTANDHALTUNG DER ÖFFENTLICHEN BELEUCHTUNGSANLAGEN VOLLSTÄNDIG AN DIE EVN AUS.

it dem EVN Lichtservice geben Sie die Verantwortung für Ihre Beleuchtungsanlage - auch gegenüber den Behörden - zu 100 Prozent ab.

Der Verantwortungsbereich der EVN beginnt beim Zugangspunkt zum Niederspannungsnetz und endet mit dem Erreichen und Sicherstellen der geforderten Beleuchtungsqualität.

#### **IHRE VORTEILE**

#### 1. Volle Verantwortung zum Fixpreis

Im Rahmen von Lichtserviceverträgen garantiert die EVN die Funktionalität der gesamten Anlage zu pauschalen Preisansätzen. Die EVN übernimmt also nicht nur die volle technische Verantwortung, sondern trägt auch das gesamte wirtschaftliche Risiko. Das erleichtert die Budgetierung und sichert Ihrer Gemeinde Kostensicherheit.

#### 2. Individuelle Planung und Mitsprache

Lichtservice-Pakete werden individuell und punktgenau auf den jeweiligen Bedarf der Gemeinden zugeschnitten. Selbstverständlich haben Sie als Gemeinde dabei ein vertraglich gesichertes Mitspracherecht, insbesondere bei der Koordination von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen, der Auswahl der Leuchten sowie bei Fragen der Ortsbildgestaltung.

#### 3. Regionale Wertschöpfung

Bei Ausbau, Sanierung und laufender Betriebsführung erfolgen alle durch EVN nicht selbst erbrachten Leistungen bevorzugt in Kooperation mit Unternehmen aus der Region. Das sichert Arbeitsplätze und ein Höchstmaß an regionaler Wertschöpfung.

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem regionalen EVN Kundenbetreuer oder unter lichtservice@evn.at.



Die EVN bietet eine Beleuchtungslösung, die hocheffizient, flexibel und auf dem neuesten Stand der Technik ist.

#### MODERNSTE LED-TECHNOLOGIE FÜR IHRE **GEMEINDE!**

Wollen Sie in Ihrer Gemeinde Straßenleuchten, die sowohl Energie sparen, als auch über eine lange Lebensdauer verfügen? Suchen Sie nach einer Beleuchtungslösung, die flexibel und am neuesten Stand der Technik ist?

Dann setzen Sie auf die EVN LED-Leuchten modernste LED-Technik für Ihre Gemeinde! Die EVN bietet Ihnen eine Beleuchtungslösung, die

- hocheffizient,
- flexibel und
- auf dem neuesten Stand der Technik ist.

#### **IHRE VORTEILE**

- ▶ Hochwertige LED-Leuchten in gewohnter EVN Qualität - mit höchster Farbwiedergabe, optimaler Lichtlenkung und garantierter Ersatzteilversorgung
- Umfassendes Komplettangebot inkl. Montage, Altmaterial-Entsorgung, Überprüfungsprotokoll
- regionale Wertschöpfung durch Zusammenarbeit mit lokalen Partnerunternehmen
- beste Umweltverträglichkeit

Mit der modernen LED-Technik der EVN Leuchten sparen Sie Ihrer Gemeinde nicht nur viel Geld, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Sicherheit und Umweltschutz.



#### KONTAKTIEREN SIE JETZT DIE EVN





🕽 0800 800 100 🏻 lichtservice@evn.at

facebook.com/evn und twitter.com/evnergy

NÖGEMEINDE KOMMUNALINFO

WOHNBAU

## MEHR ALS EIN DACH ÜBER DEM KOPF

NACH ÄNDERUNGEN IN DER EIGENTÜMERSTRUKTUR STARTETE DIE WETGRUPPE. DER GRÖSSTE WOHNBAU-TRÄGER NIEDERÖSTERREICHS, MIT EINEM NEUEN FÜHRUNGSTEAM INS JAHR 2019. VORSTANDSVORSITZENDER CHRISTIAN RÄDLER UND MICHAEL KLOIBMÜLLER ALS VORSTANDSMITGLIED ERLÄUTERN IHRE ZIELE.

#### **NÖ**GEMEINDE: **2018** hat sich die WETgruppe (vormals NÖ Wohnbaugruppe) neu aufgestellt. Wie sieht die neue Struktur aus?

CHRISTIAN RÄDLER: Die drei Wohnbauträger WET, Austria und Gebau-Niobau konnten nach dem Ausscheiden der NBG die NÖ Versicherung als neuen strategischen Partner gewinnen. Sie verstärkt neben HYPO NOE, Erste Bank und Volksbank die gute Eigentümerbasis des Unternehmens.

Es ist eine der wertvollsten und auch verantwortungsvollsten Aufgaben überhaupt, Lebens- und Wohnräume zu gestalten. Unser Anspruch ist, diese Aufgabe umsichtig und an den Bedürfnissen von Land und

Menschen orientiert zu erfüllen", betont Christian Rädler.

#### Herr Kloibmüller, Sie sind für IT und Organisation verantwortlich. Welche Schwerpunkte wollen Sie setzen?

MICHAEL KLOIBMÜLLER: Professioneller, zeitgemäßer Service für unsere Mieterinnen und Mieter ist ein ganz zentraler Teil unserer Leistungen. Dabei steht die Nähe zu unseren Kunden an erster Stelle.

Die laufenden Prozesse nach den Möglichkeiten des digitalen Wandels für mehr Komfort und Transparenz weiterzuentwickeln, wird in den kommenden Jahren die zentrale Herausforderung für uns sein.



PROJEKTE MIT VORBILDWIRKUNG

Das "Generationenhaus" in Pfaffstätten ist ein Vorzeigebeispiel für eine neue Art des Zusammenlebens: Dort entstanden auf einem Baurechtsgrundstück 34 Wohneinheiten, die sich in 19 Seniorenwohnungen (Förderaktion "Betreutes Wohnen"), zehn Wohnungen speziell für junge Menschen (Förderaktion "Junges Wohnen") und fünf klassische Wohnungen aufteilen.

Außerdem ist in der zentral gelegenen Anlage eine zweigruppige Kinderkrippe integriert. Eine gemeindeeigene Betreuungsperson sorgt für Austausch zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und begleitet

speziell die ältere Generation. Bürgermeister Christoph Kainz ist überzeugt von dem Projekt: "Nach einer kurzen Anlaufphase greift das Konzept und wird Schritt für Schritt umgesetzt: Ziel ist es, dass die Generationen nicht nur nebeneinander und miteinander leben, sondern sich auch gegenseitig etwa bei täglichen Erledigungen oder der Kinderbetreuung unterstützen. Dieses neue Miteinander, auch außerhalb der Familienverbände, wird gerade in urbanen Räumen immer wichtiger. Gut, dass wir gemeinsam mit der WETgruppe dieses innovative Projekt auf die Beine stellen konnten."



"ES GEHT DARUM, DEN MENSCHEN FESTEN BODEN UNTER DEN FÜSSEN ZU GEBEN."





#### **DIE WETGRUPPE**

## EINER GUTEN ZUKUNFT VERPFLICHTET

21.000 Mieter, 60 Millionen Bauvolumen jährlich und allein im vergangenen Jahr 860 in Bau befindliche neue Wohnungen in 43 Anlagen:

Wie will sich die WETgruppe von anderen

RÄDLER: Wir haben den Anspruch, Architektur, die dem Zeitgeist entspricht und Qualität, die Generationen überdauert, zu

bieten. Als tief im Land Niederösterreich

verwurzelter Bauträger und Leitbetrieb des Landes trägt die WETgruppe aber vor allem

große soziale Verantwortung. Es geht nicht

dem Kopf zu schaffen. Es geht darum, ihnen

festen Boden unter den Füßen zu geben. Ein Zuhause, wie wir es verstehen, ist Ausgangs-

basis für ein gutes, selbstbestimmtes Leben

und ein positives Miteinander. Um das mit

wir auf die Anforderungen neuer Gesell-

schafts- und Lebensmodelle reagieren. III

unseren Projekten zu verwirklichen, müssen

nur darum, den Menschen ein Dach über

Bauträgern unterscheiden?

Die Zahlen untermauern den Stellenwert der niederösterreichischen WETgruppe für den gemeinnützigen Wohnbau in Österreichs größtem Bundesland.

Mit innovativen Projekten will man moderne Lebensräume gestalten und neue Maßstäbe im niederösterreichischen Wohnbau setzen.



www.wet.at



## GELD FÜR ÖRTLICHE ENTWICKLUNGS-KONZEPTE

ZIELE SIND BODENSPARENDE SIEDLUNGSENTWICKLUNG UND INNENSTADTBELEBUNG

Oo gut wie alle Gemeinden Niederöster-Oreichs haben ein örtliches Entwicklungskonzept, das eine vorausschauende Steuerung der räumlichen Entwicklung ermöglicht. Die Entwicklungskonzepte müssen aber von Zeit zu Zeit überarbeitet oder neu erstellt werden, um neuen Entwicklungen und neuen Zielen Rechnung zu tragen. Das Land Niederösterreich unterstützt die Gemeinden bei der Erstellung dieser Raumordnungsprogramme. In den letzten fünf Jahren wurden dafür 750.000 Euro an 60 Gemeinden ausbezahlt. Ausbezahlt werden die Fördergelder erst dann, wenn das Raumordnungsprogramm vom Land genehmigt wurde. Im Zuge dieses Prüfverfahrens wird kontrolliert, ob die Vorgaben des NÖ Raumordnungsgesetzes sowie überörtlicher Raumordnungsprogramme eingehalten werden.

"Wir legen besonderen Wert auf die Belebung der Innenstädte und Dorfzentren sowie auf eine bodensparende Siedlungsentwicklung", erläutert LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf. Im letzten Jahr wurden zum Beispiel die Gemeinden Gaaden, Biedermannsdorf, Ardagger, Stetteldorf am Wagram, Großweikersdorf, Senftenberg, Hohenwarth und Amaliendorf-Aalfang bei ihren Raumordnungsprogrammen unterstützt.

#### STEUERN

# VORSTEUERABZUG UND RECHNUNGSMERKMALE

DIE FORMELLEN VORAUSSETZUNGEN FÜR DEN VORSTEUERABZUG VON URSULA STINGL-LÖSCH

m unternehmerischen Bereich der Gemeinde, unter welchen die Betriebe gewerblicher Art fallen, sowie in den gemischt genutzten Bereichen (Verwaltung und Bauhof) steht der Vorsteuerabzug bei Bestehen der Voraussetzungen des § 12 Abs. 1 UStG zu:

- Die Lieferung und/oder Leistung wird für den unternehmerischen Bereich der Gemeinde erbracht.
- Der Leistungserbringer ist ein anderer Unternehmer.
- Die Vorsteuer ist in einer Rechnung iSd § 11 UStG gesondert ausgewiesen.

Grundsätzlich wird zwischen mehreren Arten von Rechnungen unterschieden: Rechnung und Kleinbetragsrechnung, Gutschriftsrechnung und elektronische Rechnung, für welche noch zusätzliche Kriterien zu erfüllen

In wieweit eine Rechnung nun als Rechnung oder Kleinbetragsrechnung einzustufen ist, hängt von der Höhe des Rechnungsbetrages ab: Liegt der Bruttorechnungsbetrag unter 400 Euro, so spricht man von einer Kleinbetragsrechnung (auch oft als Kassenbon bezeichnet).

#### **DIE ELF MERKMALE EINER RECHNUNG**

Gemäß § 11 Abs. 1 Z 3 UStG muss eine Rechnung folgende Rechnungsmerkmale beinhalten:

- 1. Ausstellungsdatum
- 2. Name und Anschrift des liefernden bzw. leistenden Unternehmens
- 3. Beschreibung der Lieferung (inkl. Menge und handelsübliche Bezeichnung) bzw. Art und Umfang der Leistung
- 4. Liefertag bzw. Leistungszeitraum

- 5. Bruttoentgelt (inkl. Steuerbetrag) der gelieferten Waren bzw. Leistung
- 6. Der anzuwendende Steuersatz oder der Hinweis auf die Steuerbefreiung oder Übergang der Steuerschuld
- 7. Name und Anschrift des Empfängers
- 8. UID-Nummer des liefernden bzw. leistenden Unternehmens
- 9. Nettoentgelt der Lieferung bzw. Leistung sowie den Steuerbetrag – gibt es mehrere Steuersätze in einer Rechnung, so sind die Entgelte nach Steuerbeträgen und -sätzen zu trennen
- 10. Fortlaufende (Rechnungs-)Nummer
- 11. UID-Nummer des Empfängers ist zwingend ab einem Bruttorechnungsbetrag von 10.000 Euro anzuführen - der Vorsteuerabzug steht erst dann zu, wenn die UID-Nummer auf der Rechnung vermerkt

#### BEI KLEINBETRAGSRECHNUNG IST ES **EINFACHER**

Während die Rechnung elf Merkmale benötigt, um als Rechnung zu gelten, reichen für die Kleinbetragsrechnung die Merkmale Nr. 1 bis 6 aus.

#### **ANZAHLUNGSRECHNUNGEN**

Auch Anzahlungsrechnungen müssen die formalen Rechnungsmerkmale für den Vorsteuerabzug erfüllen. Dieser steht bei Anzahlungsrechnungen im Regelfall erst mit der erfolgten Zahlung zu. Im Normalfall hingegen steht der Vorsteuerabzug bereits im Zeitpunkt der Rechnungsausstellung zu. Trifft eine Rechnung zu spät für die Erfassung im vorgesehenen UVA-Zeitraum ein, kann eine Erfassung dieser auch im Zeitraum des Einlangens erfolgen.

#### **GUTSCHRIFTSABRECHNUNGEN**

Bei Gutschriftsabrechnungen, welche vom

### **ELEKTRONISCHEN RECHNUNG** MÜSSEN **AUCH DIE ECHTHEIT**

"BEI DER

DER HERKUNFT, DIE UNVERSEHRTHEIT DES INHALTS SOWIE DIE LESBARKEIT **GEWÄHRLEISTET** SEIN."



Fehlen Rechnungsmerkmale bei Rechnungen bzw. sind diese falsch ausgestellt, droht im schlimmsten Fall der Verlust des Vorsteuerabzuges.

Leistungsempfänger an den Leistungserbringer ausgestellt werden, ist zusätzlich zu den oben angeführten Punkten auf folgende Erfordernisse zu achten:

- Die Gutschriftsabrechnung muss ausdrücklich als Gutschrift bezeichnet werden.
- Der Empfänger der Gutschrift (Leistungserbringer) muss berechtigt sein, die Steuer gesondert auszuweisen.
- Beide Parteien müssen damit einverstanden sein, dass die Lieferungen bzw. Leistungen mittels Gutschriften abgerechnet werden.
- Die Gutschrift muss dem Leistungserbringer zugestellt worden sein, um Wirkung zu entfalten.

## SONDERFALL ELEKTRONISCHE RECHNUNG

Zusätzlich zu den elf Rechnungsmerkmalen müssen die Echtheit der Herkunft, die Unversehrtheit des Inhalts sowie die Lesbarkeit gewährleistet sein. Gewährleistet werden kann dies z. B. durch die Versendung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur. Liegt ein verlässlicher Prüfpfad (sowohl materielle als auch formelle Rechnungsprüfung) vor und wird die Rechnung archiviert, wobei dies elektronisch und/oder physisch als Ausdruck möglich ist, steht der Vorsteuerabzug zu.

#### RECHNUNGSMÄNGEL

Fehlen Rechnungsmerkmale bei Rechnungen bzw. sind diese falsch ausgestellt, droht im schlimmsten Fall der Verlust des Vorsteuerabzuges. Bekommt man einmal eine falsch ausgestellte Rechnung, was durchaus vorkommen kann, sollte man diese sofort berichtigen lassen. Wartet man bis zu einer möglichen Betriebsprüfung, kann es sein, dass Rechnungen nicht mehr korrigiert werden können (z. B. Konkurs des ausstel-

lenden Unternehmers) und der Vorsteuerabzug geht verloren.

Fehlt zum Beispiel Name und Anschrift des Leistungserbringers bzw. existiert dieser nicht unter der angegebenen Adresse, liegt keine Rechnung vor. Es besteht kein Vorsteuerabzug. Es reicht allerdings aus, wenn die Bezeichnung des Leistenden und des Abnehmers derart ausgestaltet ist, dass eine Feststellung des Namens und der Adresse möglich ist, um den Vorsteuerabzug zu wahren.

Des Weiteren empfiehlt sich die Kontrolle der UID-Nummer des Leistungserbringers, wenn zum ersten Mal an ein Unternehmen ein Auftrag vergeben wird. Aber auch bei bestehenden Geschäftsverbindungen empfiehlt sich die Kontrolle der UID-Nummer in unregelmäßigen Zeitabständen (z. B. über Finanz Online inkl. Dokumentation der Kontrollmaßnahmen).

Wird ein Vorsteuerabzug trotz Formmängel der Rechnung vorgenommen und erfolgt eine Rechnungsberichtigung zu einem späteren Zeitpunkt, so kommt dieser rückwirkende Bedeutung zu, wenn (vgl. RWP 2018,3):

- Rechnungsberichtigung erfolgt bis zur Entscheidung der Steuerbehörde (z. B. Betriebsprüfung)
- Rechnungsberichtigung betrifft nur Formmängel
- Leistungserbringung bzw. Leistungsgegenstand stehen zweifelsfrei fest
- > kein Verdacht auf Missbrauch oder Betrug

Grundsätzlich ist zu beachten, dass ein zu Unrecht vorgenommener Vorsteuerabzug nicht nur abgabenrechtliche, sondern auch finanzstrafrechtliche Folgen haben kann. In der Regel handelt es sich bei zu Unrecht vorgenommenen Vorsteuerabzügen um eine Finanzordnungswidrigkeit.



MAG. URSULA STINGL-LÖSCH IST STEUERBERATERIN BEI DER NÖ GEMEINDEBERATUNG

NÖGEMEINDE **BILDUNG** 

#### AKADEMIE 2.1

## LERNEN, WIE MAN **NETZWERKE AUFBAUT**

ALS VORBEREITUNG AUF DIE GEMEINDEWAHLEN WIDMET SICH DIE AKADEMIE 2.1 DEN THEMEN "PUBLIC AFFAIRS" UND "AUFBAU SOZIALER NETZWERKE".

ie ersten beiden Monate im Jahr 2019 standen in der Akademie 2.1 ganz im Zeichen der Seminare "Public Affairs - strategisch, politisch und kommunikativ Themen setzen" und "Soziale Netzwerke -Kontaktaufbau und Unterstützer generieren" als Vorbereitung auf die Gemeindewahlen. Mit rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfreuten sich diese Seminare hoher Beliebtheit.

Aus diesem Grund wird es einen Sondertermin des Seminars "Public Affairs strategisch, politisch und kommunikativ Themen setzen" am 19. März in Wiener Neustadt geben.

#### KOMMUNALMANAGER-KURSE GESTARTET

Die diesjährigen Jahrgänge XVI. und XVII. zum/r diplomierten Kommunalmanager/in haben Ende Februar mit ihrem Programm gestartet. Das erste Modul stand ganz im Zeichen der Strukturen und Organisation der Volkspartei Niederösterreich und den Besonderheiten kommunalpolitischer Arbeit. Falls Sie noch mit dabei sein möchten, melden Sie sich unter:

sonja.hoschek@akademie21.at.

Im Frühling legt die Akademie 2.1 ihr Augenmerk auf den Bereich der "Kommunikation". Mit einem speziellen und umfangreichen Seminarangebot bietet die Akademie das passende Rüstzeug für die kommunalpolitische Arbeit.



#### **TEAM AKADEMIE 2.1**

Lisa Stadtherr, BA BA MA, Geschäftsführerin Sonja Hoschek

Sabine Stöcklecker

office@akademie21.at



02742/9020-1680





Funktionierende Netzwerke sind die Basis politischer Arbeit.

#### **AKTUELLE ANGEBOTE**

- ▶ 18. März, Horn: Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit
- > 20. März, Bruck/Leitha: Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit
- > 21. März, Melk: Social Media effizient nutzen
- > 26. März, Baden: Social Media effizient nutzen
- > 28. März, Korneuburg: Social Media effizient nutzen
- ▶ 9. April, Mödling: Pressearbeit & Schreibwerkstatt
- ▶ 11. April, Amstetten: Besteuerung von Bgm. und Gemeindemandataren
- ▶ 7. Mai, Horn: Storytelling
- ▶ 9. Mai, Baden: Baurecht & Raumordnung
- ▶ 15. Mai, Bruck/Leitha: Storytelling
- > 21. Mai, Amstetten: Storytelling

POLITISCHE ARBEIT WIRD SCHWIERIGER **UND KOMPLEXER** - DAS IST KLAR!

DIE ANTWORT -WEITERBILDUNG!



#### GESUNDHEIT

# AUSBAU MOBILER PFLEGE KANN KOSTEN DÄMPFEN

DAS HILFSWERK NÖ PRÄSENTIERTE DIE WIFO-STUDIE "ZUKUNFT DER PFLEGE LIEGT IM INNOVATIVEN AUSBAU MOBILER DIENSTE UND STÄRKUNG DER ANGEHÖRIGEN".

47,000 pflegebedürftige Menschen werden derzeit in Niederösterreich betreut. 2030 werden es eineinhalb Mal so viel sein, 2050 sogar mehr als doppelt so viele. Die finanziellen und personellen Herausforderungen, die sich dadurch ergeben, könnten durch den stärkeren Ausbau mobiler Dienste abgefedert werden. Das ergibt eine aktuelle Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO). "Pflege zuhause entspricht nicht nur dem eindeutigen Wunsch der Menschen, eine stärkere Investition in die mobile Pflege wirkt sich langfristig gesehen auch positiv auf Kosten und Personalbedarf aus", betont Michaela Hinterholzer, Präsidentin des Hilfswerks Niederösterreich. "Die Zukunft der Pflege kann daher nur im gezielten und innovativen Ausbau der mobilen Dienste liegen."

#### **DIE WIFO-STUDIE**

Die österreichweite Studie wurde vom Hilfswerk Österreich in Auftrag gegeben. Sie beschäftigt sich mit der Frage, wie ein Pflegesystem in Österreich aufgestellt sein muss, um den künftigen Herausforderungen begegnen zu können. Die künftigen Nachfrage- und Kostensteigerungen von Pflegedienstleistungen wurden dabei in vier unterschiedlichen Szenarien berechnet. Das Hauptszenario: Am derzeitigen Versorgungsmix wird nichts geändert, die prozentuelle Verteilung der betreuten Personen bleibt annähernd so wie jetzt (45 Prozent Pflege ausschließlich durch Angehörige, 32 Prozent mobile Betreuung durch professionelle Dienste, 16 Prozent stationäre Betreuung, 5 Prozent 24-Stunden-Betreuung, 2 Prozent teilstationär/Tageszentren). Demnach steigen die Pflegekosten in Niederösterreich von derzeit 257 Millionen Euro auf 481 Millionen Euro im Jahr 2030 und auf 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2050. "Die Ausgabenanstiege,



Pflegedirektorin Gabriela Goll, Hilfswerk NÖ-Präsidentin Michaela Hinterholzer und Ulrike Famira-Mühlberger vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung.

#### Im mobilen Bereich wird bereits massiv nach Pflegenachwuchs gesucht:

"Die Personalknappheit im Pflegebereich ist da und wird uns so schnell auch nicht verlassen", betont Hilfswerk-Pflegedirektorin Gabriela Goll. "Dafür setzen wir auch gezielte Initiativen, z. B. durch neue berufsbegleitende Ausbildungsmodelle oder verbesserte Möglichkeiten für Quer- und Wiedereinsteiger."

die uns bevorstehen, wenn der Status quo des Pflegesystems beibehalten wird, verdeutlichen die Dringlichkeit einer ganzheitlichen und langfristigen Pflegestrategie", betont Studienautorin Ulrike Famira-Mühlberger. Fazit: Wird der Anteil der betreuten Personen in der stationären Pflege um zehn Prozent erhöht, würde dies die Nettoausgaben für alle Dienste um weitere 31,8 Millionen Euro im Jahr 2030 steigern. Wird dagegen der Anteil der durch mobile Dienste betreuten Personen um zehn Prozent erhöht, sinken die gesamten Nettoausgaben um 51,2 Millionen Euro im Jahr 2030 im Vergleich zum Hauptszenario. "Für uns zeigen die Ergebnisse, dass der "Masterplan Pflege" und der starke Fokus der Bundesregierung auf die Pflege zuhause die einzige zukunftsfähige Alternative ist", bekräftigt Michaela Hinterholzer und formuliert notwendige Maßnahmen: "Bei aller notwendigen Vielfalt in der Versorgungslandschaft treten wir für einen gezielten Ausbau der mobilen Dienste ein, für eine Erhöhung des Pflegegeldes mit Zuschlägen für Demenz- und psychiatrische Erkrankungen sowie für eine Stärkung der pflegenden Angehörigen." III

## FÖRDERMODELL FÜR ÄLTERE JOBSUCHENDE

PLÄTZE FÜR GEMEINNÜTZIGE ARBEITSKRÄFTEÜBERLASSUNG WERDEN VERDOPPELT.

eit dem Jahr 2014 gibt es in ○Niederösterreich das Modell der gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassung "Gema 50 + ", mit dessen Hilfe Jobsuchende der älteren Generation beruflich wieder Fuß fassen sollen. Das Arbeitsmarktservice und das Land Niederösterreich haben sich nun dazu entschlossen, dieses erfolgreiche Fördermodell aufzustocken und die Kontingentplätze mehr als zu verdoppeln.

"Mit der Ausweitung dieses Projektes helfen wir besonders älteren Personen", sagt Landesrat Martin Eichtinger. "Die AMS-Geschäftsstellen in Niederösterreich vermitteln passende Bewerberinnen und Bewerber der Generation 50 +, die im Rahmen der gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassung in Gemeinden oder



SP-GVV-Präsident Rupert Dworak, Landesrat Martin Eichtinger, AMS-Landesgeschäftsführer Sven Hergovich und NÖ Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl präsentierten in Baden das neue Fördermodell.

Vereinen in verschiedenen Beschäftigungsbereichen tätig sein werden", erläutert Eichtinger.

Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl: "Dieses Programm ist eine großartige Unterstützung für die Gemeinden. Trotz Aufstockung des Förderpakets werden die Kosten für Gemeinden und Vereine unverändert bei 350 Euro pro Monat und Person bleiben."

Den größten Teil der Lohnkosten übernehmen nach wie vor das AMS Niederösterreich mit knapp 5,6 Millionen Euro und das Land mit knapp 1.7 Millionen Euro.

## GEWÄHRLEISTUNG FÜR LANGFRISTIGE JUGENDARBEIT

BEREITS 233 NÖ GEMEINDEN SIND ALS "JUGEND-PARTNERGEMEINDEN" ZERTIFIZIERT.

it der Aktion NÖ Jugend-Partnergemeinde ist gewährleistet, dass Jugendarbeit keine einmalige, sondern eine langfristige Investition in die Zukunft einer Gemeinde und ihrer Jugend. Bereits 233 niederösterreichische Gemeinden sind als "Jugend-Partnergemeinden" zertifiziert.

Die Zertifizierung als "NÖ Jugend-Partnergemeinde NEU" ist für die Gemeinde ein Qualitätszeichen, das Jugendarbeit mit hoher Qualität und passendem Angebot bezeichnet. Der Bogen der Kriterien für eine Jugend-Partnergemeinde spannt sich von der aktiven Mitbeteiligung in der Gemeinde, dem Raumangebot für die Jugend bis hin zu Jobinitiativen, persönlichen Zukunftsperspektiven und einem guten Informationsan-



Mit einem "Herzensprojekt" kann man sogar zur Jugend-Partnergemeinde PLUS werden.

gebot in der Gemeinde. Darüber hinaus gab es bei der aktuellen Zertifizierung erstmalig die Gelegenheit, ein besonderes "Herzensprojekt" im Jugendbereich zu beschreiben. Vom innovativen Jugend-Fun-Court über den gemütlichen Jugendtreff für die

Freizeit bis zum innovativen Projekt im Bereich Politischer Bildung reicht dabei das Spektrum. Diese neuartige Möglichkeit, sich zu einer "NÖ Jugend-Partnergemeinde PLUS" zu steigern, wurde von 161 Gemeinden genutzt. III

#### TÄTIGKEITSBERICHT

# DIE KONFLIKTMANAGER IM UMWELTBEREICH

DIE NÖ UMWELTANWALTSCHAFT ARBEITET ENG MIT DEN GEMEINDEN ZUSAMMEN. VON FRANZ OSWALD

er vorliegende aktuelle Tätigkeitsbericht der NÖ Umweltanwaltschaft für die Jahre 2014-2017 bestätigt die große Bedeutung und enge Zusammenarbeit dieses Landesamtes mit den Gemeinden, die den Schluss zulässt: Die Umwelt des Landes und seiner Gemeinden wäre ohne diese Anwaltschaft, die räumlich und thematisch eine überaus breite Tätigkeit entfaltet, weniger top. Dies zeigt in eindruckvoller Weise der vorliegende Bericht, erstellt vom NÖ Umweltanwalt Thomas Hansmann und seinem Team. Als wichtigste Umweltmaßnahmen nennt Hansmann

- ▶ Energie sparen
- den massiven Ausbau von Solarenergie und Photovoltaik und
- eine multidimensionale Klima-Anpassungsstrategie für Niederösterreich.

Gleichzeitig bestätigt der Bericht die enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden, denen die Umweltanwaltschaft mit Rat und Tat zur Seite steht. Es gibt kaum eine Maßnahme, die nicht in der einen oder anderen Form die Gemeinden tangiert.

Dazu einige Beispiele:

- Der Steinbruch Spitz etwa stellt eine Gefahr für die Wachau-Bahn, den Wachau-Radweg und die Wachaustraße dar, die Umweltanwaltschaft sorgt für Schadensabschätzung und Sanierungsvorschläge.
- Die Probleme um den "Marchfeldkogel" und die dortigen Hügeldeponien mit den jahrelang gelagerten Abfällen erfordern dringend eine Lösung, um weitere umweltgefährdende Folgen zu verhindern. Ebenso geht es um Bodenaushubdeponien.
- Bezüglich Windkraft ist Niederösterreich jetzt schon Vorreiter, sie ist Teil des Energiefahrplans 2030, der die Erzeugung von 100 Prozent des benötigten Stroms aus erneuerbaren Energien vorsieht. Behandelt wird auch das Thema Windkraft und Vogelschutz.



In der Wachau stellt der Steinbruch Spitz eine Gefahr für das Weltkulturerbe dar. Die Umweltanwaltschaft sorgt für Schadensabschätzung und Sanierungsvorschläge.

"DIE UMWELT NIEDERÖSTER-REICHS WÄRE OHNE DIE ANWALTSCHAFT **WENIGER TOP."** 



Bezüglich Mountainbiken im Wald, ein besonders konfliktträchtiges Thema, hat die Umweltanwaltschaft ein Konfliktregelungsverfahren entwickelt, in das die Waldbesitzer ebenso wie alle betroffenen Gemeinden einbezogen werden.

#### **VON FRACKING BIS WILDSCHWEINHALTUNG**

Weitere Themenbereiche des Umweltberichts sind etwa Fracking, Massentierhaltung, Biogasanlagen, Steinbrüche bis hin zu einem Fischotter-Managementplan, Wildschweinhaltung im Ortsgebiet, Baumhaftung, Konfliktmanagement und meditative Moderation und – ebenfalls sehr wichtig – Kompensationsflächen-Kataster (Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft).



Der 116 Seiten starke Bericht ist bei der NÖ Umweltanwaltschaft erhältlich.

www.umweltanwaltschaft.gv.at

post.noeua@noel.gv.at

02742/9005-12972

### **GEMEINDEGRÜN** — POTENZIAL FÜR LEBENSQUALITÄT

BEIM "NATUR IM GARTEN"-GEMEINDETAG WIRD GEZEIGT, WIE KLIMAWIRKSAM BEGRÜNT WIRD.

In Zeiten des Klimawandels gewinnen öffentliche Grünflächen zunehmend an Bedeutung. Eine Auswertung der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) zeigt, dass es in den letzten 251 Jahren im Sommerhalbjahr noch nie so warm war wie 2018.

Das öffentliche Grün wirkt bei Hitzeperioden als natürliche Klimaanlage, filtert Schadstoffe aus der Luft und dient als Retentionsfläche bei Starkregenereignissen. Beim "Natur im Garten"-Gemeindetag am 5. April in Mödling unter dem Motto "Gemeindegrün - Potenzial für hochwertige Lebensqualität" zeigen die Expertinnen und Experten Möglichkeiten auf, wie Gemeinden flächennutzend und klimawirksam begrünen können. Mit gezielten Maßnahmen können wir das Mikroklima und somit die Lebensqualität in unseren



Gemeinden verbessern. "Wir wollen Niederösterreich für den Klimawandel wappnen. ,Natur im Garten' unterstützt unsere Gemeinden, dieser Herausforderung gerecht zu werden", so Landesrat Martin Eichtinger und NÖ Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.



"Natur im Garten"-Gemeindetag Freitag, 5. April 2019, 9.00 - 17.00 Uhr **■ Die Stadtgalerie Mödling** Kaiserin Elisabeth-Str. 1, 2340 Mödling

naturimgarten.at

### VOR 20 JAHREN: BRIEFWAHL BEI GEMEINDERATSWAHLEN

Der NÖ Schul- und Kindergartenfonds feierte sein 50-jähriges Bestehen. Gegründet wurde der Fonds 1949, um die Gemeinden in der schwierigen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bei ihrer Aufgabe als Schulerhalter zu unterstützen. Bis 1999 wurden 1.850 Schulen und Kindergärten mit Unterstützung des Fonds errichtet.

 $\mathbf{I}$ m Österreichischen Gemeindebund war mit der Wahl des Salzburgers Helmut Mödlhammer zum Präsidenten eine neue Ära angebrochen. Der bisherige Präsident, der Niederösterreicher Franz Romeder, wurde mit umfangreichen Ehrungen verabschiedet. Der Einfluss Niederösterreichs im Gemeindebund wurde mit der Wahl des Piestinger Bürgermeisters Walter Zimper und der Wahl von Alfred Riedl zum neuen Vorsitzenden des Finanzaus-

schusses sichergestellt. er ÖVP-Nationalratsabgeordnete Josef Höchtl hatte einen Gesetzesantrag eingebracht, der den Einsatz der Briefwahl bei Gemeinderatswahlen ermöglichen sollte. Höchtl: "Beruflich und privat sind immer mehr Menschen im In- und Ausland unterwegs - viele auch an Wahltagen. Deshalb

setze ich mich dafür ein, dass die in vielen Staaten bereits bewährte Form der Briefwahl auch bei Gemeinderatswahlen möglich sein soll."

er Chef der Landesinnung Bau, Manfred Schuster, zeigte sich in einem Gastbeitrag mit der Arbeit der gemeindeeigenen Bauhöfe unglück-



lich. "Wenn man sich anschaut, was in der Praxis dort heute zumeist alles gemacht wird, könnte man fast von öffentlichem Pfusch reden." Eine Studie habe gezeigt, dass der Einsatz von Bauarbeitern um 10 bis 15 Prozent teurer käme als die Vergabe an die Bauwirtschaft, kritisierte Schuster.

twas Neues wurde in der Bezirkshauptmannschaft Krems versucht: Bürgerservice im Internet. Bereits seit 1998 war das österreichweite Bürgerinformationssystem HELP online. Nun startete an der BH Krems ein Pilotprojekt zu Einbindung der Reisepassabteilung.

#### KURZMELDUNGEN AUS NIEDERÖSTERREICH

#### **NEUER BÜRGERMEISTER IN GIESSHÜBL**

Gießhübl im Bezirk Mödling hat einen neuen Bürgermeister: Auf Michaela Vogl, die nach acht Jahren zurücktrat, folgte Helmut Kargl. Am 16. April 1969 geboren, absolvierte Kargl die Handelsakademie und studierte Informatik. Beruflich ist er selbstständiger Unternehmensberater, insbesondere in Softwarefragen. Seit 2005 betätigt sich Helmut Kargl kommunalpolitisch, seit 2010 gehört er dem Gemeinderat an. Zum Bürgermeister wurde er parteiübergreifend gewählt. Dementsprechend lautet seine Generallinie: Zusammenarbeiten über Parteigrenzen und Fraktionen hinweg.

#### GANZTÄGIGE SCHULFORMEN WERDEN AUSGEBAUT

Ganztägige Schulformen werden in Niederösterreich konsequent ausgebaut. Die Landesregierung hat daher Finanzmittel für infrastrukturelle Maßnahmen des weiteren Ausbaus in der Höhe von 605.000 Euro beschlossen.

"Das Land Niederösterreich steht den Gemeinden daher beim Ausbau und bei der Erweiterung ihrer Kinderbetreuungsangebote mit Rat und Tat zur Seite", erklärt Familien-Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister.
Aufgrund der Vereinbarung gemäß
Artikel 15a B-VG über den Ausbau der
ganztägigen Schulformen und den
dazu erlassenen Förderrichtlinien
werden den Schulerhaltern Mittel
für die Errichtung neuer oder für
die Qualitätsverbesserungen bestehender Tagesbetreuungen für Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Die
Höchstgrenze für eine Betreuungsgruppe beträgt dabei 55.000 Euro.



Die Höchstgrenze für eine Betreuungsgruppe beträgt 55.000 Euro.

#### IMPRESSUM:

#### Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4 Internet: www.noegemeindebund.at Mit der Herausgabe beauftragt: Landesgeschäftsführer Mag. Gerald Poyssl

**Medieninhaber:** Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010 Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl, E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at Mitarbeit: Sotiria Peischl M.A., Prof. Dr. Franz Oswald

**Grafik:** Österreichischer Kommunal-Verlag, Thomas Max E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0 Sabine Brüggemann, E-Mail: sabine.brueggemann@kommunal.at Martin Mravlak, E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at Martin Pichler, E-Mail: martin.pichler@kommunal.at

#### Hersteller:

NP Druck, 3100 St. Pölten Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare. Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundes regierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts-, und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Instituti-

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

31

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

# BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE: ICH BIN FÜR SIE DA.

